



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

DER NEUE RUSSISCHE »KONSERVATISMUS«

■ ANALYSE		
Zur Genese des neuen russischen Konservatismus		2
Katharina Bluhm, Berlin		
■ KOMMENTAR		
Was ist es, das Russland zu verteidigen versucht?		7
Andrei Yakovlev, Moskau		
■ KONFERENZBERICHT		
»Eastern Europe's New Conservatives. Varieties and Explanations from Poland to Russia«		
Internationale Konferenz des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, 9.–10. Februar 2017		12
Julia Glathe, Berlin		
■ UMFRAGE		
Nationale Identität		15
Patriotismus		16
World Values Survey 2010–2014		17
Gesetz über »Ausländische Agenten«		20
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Ist Russland konservativ?		22
Jens Siegert, Moskau		
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS		
Gouverneurswechsel: Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen?		24
Sergey Medvedev, Berlin		
■ CHRONIK		
2. – 16. Februar 2017		26

Zur Genese des neuen russischen Konservatismus

Katharina Bluhm, Berlin

Zusammenfassung

Dieser Artikel analysiert den neuen russischen Konservatismus als eine Gegenbewegung zu Sozialismus und Liberalismus im Sinne von Karl Mannheim und Michael Freedon. Man darf diesen neuen Konservatismus nicht mit einem wie auch immer definierten »Putinismus« gleichsetzen, auch wenn die Akteure das Ziel verfolgen, eine konservative Staatsideologie zu etablieren. Der Artikel skizziert den Aufschwung des neuen russischen Konservatismus zwischen 2003 und 2007 und zeigt anhand einflussreicher Texte und »Manifeste« die Verknüpfung von Modernisierung und Geopolitik als eines seiner Grundthemen. Mit dem Beginn von Wladimir Putins dritter Amtszeit als Präsident der Russischen Föderation gruppiert sich der konservative Diskurs neu und führt zu einer zunehmenden Ideologisierung der russischen Gesellschaft von oben.

Konservatismus als Bewegungsideologie

In diesem Beitrag unternehme ich einen Deutungsversuch des neuen russischen Konservatismus, der bei seinen Grundthemen ansetzt, die sich aus Zeitdiagnosen, Reformvorschlägen und deren historisch-philosophischer Einbettung ablesen lassen. Diese Grundthemen liegen quer zu den von Protagonisten selbst vorgeschlagenen Sortierungsschemata wie »links-rechts«, »rot-weiß«, liberal-, sozial- oder nationalkonservativ. Sie tragen auch zur Erklärung der auf den ersten Blick erstaunlichen Koalitionen und sich wandelnden Gruppierungen unter den Konservativen bei, wenngleich von klar konturierten Strömungen keine Rede sein kann.

Mit meiner Deutung schließe ich an Michael Freedon an, der insbesondere Karl Mannheim in einer Weise neu akzentuiert, die ich in zweierlei Hinsicht für den russischen Kontext für produktiv halte. Erstens betont Freedon mit Mannheim die Dynamik des modernen Konservatismus, dem es nicht um den Erhalt eines Status quo oder um die Rückkehr zu einem früheren Zustand geht. Konservatismus hat daher nichts mit einem einfachem Traditionalismus, einem Festhalten an »traditionellen« Werten oder Lebensweisen, zu tun. Der moderne Konservatismus stellt vielmehr eine situative Bewegungsideologie dar, die nach Freedon einen besonderen Typ von Bewegung präferiert, nämlich einen geordneten, kontinuierlichen und in diesem Sinne natürlichen Wandel. Beide Überlegungen erscheinen mir als geeignete Ausgangspunkte, um die Grundthemen des neuen russischen Konservatismus in seiner Kontextgebundenheit zu identifizieren.

Der neue russische Konservatismus lässt sich nicht mit einem wie auch immer definierten »Putinismus« gleichsetzen, auch wenn die Etablierung einer konservativen Staatsideologie für deren Protagonisten ein wichtiges Ziel darstellt, dem sie über die letzte Dekade näher gekommen zu sein scheinen. Sein konstitutives Thema als zeitgenössische intellektuelle Gegenbewegung ist –

so meine These – die Verknüpfung von Modernisierung und Geopolitik, welches in unterschiedlicher Prägnanz formuliert und mit anderen Themen kombiniert wird. Erst durch diesen Zugang lässt sich das Neue am neuen russischen Konservatismus erkennen. In ihm lediglich eine Neuauflage der 1833 von Bildungsminister Uwarow unter Nikolai I. geprägten Formel »Autokratie – Orthodoxie – Nation« zu sehen, wie etwa von der britischen Historikerin und Journalistin Lesley Chamberlain pointiert, verkennt die Zeitgebundenheit dieser Gegenbewegung, die sich zwar in Interaktion mit dem politischen Zentrum formiert, teilweise darin inkorporiert und von dort gelenkt wird, gleichwohl aber in einem latenten Spannungsfeld zum politischen System unter Putin steht.

Im ersten Schritt wird der Aufschwung des neuen russischen Konservatismus in der Interaktion mit der politischen Macht skizziert, der nach einer längeren Inkubationszeit ab 2003 in Fahrt kommt und ungefähr bis 2007 reicht. Das ist die Zeit des Suchens, Experimentierens, der Gruppierung und Re-Gruppierung seiner Protagonisten. Im Fokus stehen Intellektuelle, die explizit an der Programmatik einer neuen konservativen Ideologie arbeiten und sich selbst als Konservative bezeichnen. Anhand einflussreicher »Manifeste« dieser »Ideologieproduzenten« werden im zweiten Schritt dann die Grundthemen des neuen russischen Konservatismus aufgezeigt, die in dieser Zeit formuliert werden.

Der Beginn von Wladimir Putins dritter Amtszeit als Präsident der Russischen Föderation kann als Neugruppierung im konservativen Diskurs gewertet werden, die in einem dritten Schritt dargestellt wird. Zwei neue Initiativen stehen hier im Mittelpunkt: der seit September 2012 bestehende »Isborsker Klub«, der mit dem 2009 gegründeten Institut des dynamischen Konservatismus fusionierte – der Klub ist eine der treibenden intellektuellen Kräfte des neuen russischen Konservatismus. Zum anderen beziehe ich mich auf die 2013 gegründete

Stiftung »Institut für sozio-ökonomische und politische Forschung« (Stiftung ISEPI), die seit 2014 die »Hefte über Konservatismus« herausgibt. Der »Isborsker Klub« ist die bisher größte Plattform der russischen Konservativen. Trotz der Nähe einiger seiner Mitglieder zum Machtzentrum steht gerade dieser Klub für das latente Spannungsfeld zwischen dem neuen russischen Konservatismus und der politischen Macht. Diese Spannung tritt zwar – spätestens seit der Annexion der Krim – in kanalisierter Form auf, das heißt als Kampagne gegen die liberale »fünfte Kolonne« des »Westens« in der Opposition, aber vor allem in der Partei »Einiges Russland« und in der Regierung. Sie ist aber keineswegs verschwunden. Demgegenüber repräsentiert die Stiftung ISEPI mit ihren Heften fast in Reinform den Typus einer Gründung »von oben«, einer »Government-Organized Non-Governmental Organization« (GONGO). Die »Hefte über Konservatismus« haben sich primär der Traditions- und Identitätskonstruktion verschrieben und versuchen sich offenbar als intellektuelles Gegengewicht zu den »Isborskern« zu etablieren. Im Resümee dieses Beitrages wird es um die Frage gehen, was neu ist am neuen russischen Konservatismus.

Initiativen und Manifeste von 2003 bis 2007 in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs

Eine zeitliche Datierung des beginnenden Aufschwungs des neuen russischen Konservatismus auf das Jahr 2003 bedeutet nicht, dass Konservatismus vorher kein Thema war. Bereits 1993 gründete der Wirtschaftsminister und Initiator der »Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft in 500 Tagen«, Jegor Gajdar, ein Zentrum liberalkonservativer Politik, dem übrigens auch der 2015 ermordete Boris Nemzow angehörte. Anfangs wurde Putin in einem einflussreichen Aufsatz von Leonid Poljakow, heute Mitglied des Isborsker Klubs, ebenfalls als »liberaler Konservativer« bezeichnet, weil er eine neoliberale Wirtschaftspolitik (Flatrate in der Steuerpolitik, Deregulierung und Öffnung für ausländische Direktinvestitionen) mit einer Rezentralisierung und Konsolidierung der Staatsmacht verband. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums standen »patriotische Kräfte« wie die Kommunisten und die Vertreter eines neuen Eurasianismus, vor allem Alexandr Panarin (1930–2003), Wadim Zymburskij (1957–2009) und Alexandr Dugin (geb. 1962), deren Themen und Motive in den neuen russischen Konservatismus einfließen. Für diese Autoren bildete aber Konservatismus nicht das übergreifende Etikett.

Ab 2003 mehrten sich jedoch die Initiativen und Manifeste, die den Konservatismus als neue Leitideologie zu etablieren suchten. Der Zeitpunkt ist aus mehreren Gründen interessant. 2003 wurde Russland gegen-

über dem IWF schuldenfrei, der Ölpreis stieg (was eine Steigerung des Massenkonsums ermöglichte), Goldman Sachs publizierte seinen berühmten »BRIC Report«, in dem prognostiziert wurde, dass Russland in Bälde zur fünften Wirtschaftsmacht in der Welt aufsteigt. Während die Oligarchen eben erst ihre Massenmedien an den Staat abtreten mussten, schickte sich Putin an, den Machtkampf mit dem Jukos-Chef Michail Chodorkowskij zu gewinnen. Vor allem aber standen die Parlamentswahlen bevor, in der die Kommunisten – bisher ein wichtiges Zentrum der Patrioten – ihre Position als stärkste Partei an die neue Partei »Einiges Russland« verlor, die als »Partei der Macht« aus einer Fusion zweier bisher konkurrierender Gruppen der politischen Elite und der Administration hervorgegangen war.

Mit den neuen Spielräumen wurde die Frage »Wie weiter?« zu einem Dreh- und Angelpunkt des russischen politischen Diskurses, der teils im Richtungsstreit innerhalb der neuen Partei, teils außerhalb beziehungsweise an deren Rand geführt wurde. Dieser Kampf um Ideen war kein offener Wettbewerb, sondern ein Wettbewerb mit zunehmend eingeschränkten nichtstaatlichen, dezentralen Ressourcen. Der Aufschwung der konservativen Ideologie steht im engen Kontext mit dem Übergang von der »gelenkten« zur »souveränen« Demokratie, die der neue junge Chefideologe und frühere PR-Mann Chodorkowskij, Wladislaw Surkow, konzipierte. Surkow verlieh auch der Partei Einiges Russland das Etikett einer »konservativen« Partei. Die die zunehmend an Bedeutung gewinnende Förderung einer »loyalen« Zivilgesellschaft spielt für Entstehen und Vergehen von Initiativen, Instituten und Plattformen eine erhebliche Rolle.

Zu den ersten Initiativen, die den Aufschwung des Konservatismus in Russland ab 2003 markieren, gehört die Gründung des Seraphim-Klubs (»Serafimowski klub«) im Umkreis der Zeitschrift »Experte« und dessen »Memorandum: Von der Politik der Angst zur Politik des Wachstums«, das am 15. Januar 2003 in Wedomosti, der wichtigsten liberalen Wirtschaftszeitung Russlands, erschien. Gründer und Autoren des insgesamt als »liberalkonservativ« eingeschätzten Klubs waren der damalige Chefredakteur von »Experte«, Walerij Fadejew, und Alexandr Priwalow, der heute als Generaldirektor des Journals fungiert. Mit von der Partie war auch der bekannte Fernsehjournalist Michail Leontj'ew.

Ungefähr zur gleichen Zeit gründen Journalisten um Jegor Cholmogorow und den Politologen Michail Remisow den »Konservativen Presseklub« (KPK). Beide gehören, wie das Gros der neuen Konservativen, der spätsowjetischen Generation an, die zu der Zeit, als die Sowjetunion zerfiel, junge Erwachsene bis Anfang 30 Jahre waren. Deren neue Zeitschrift »Der Konser-

vative« musste aber mangels Finanzierung bald wieder eingestellt werden. Langlebiger erwies sich die Gründung der Plattform »pravaya.ru« im Jahre 2004, die rasch zum zentralen Medium des »Orthodoxen Neokonservatismus« wurde.

Im Frühjahr 2006 verfasste Cholmogorow zusammen mit weiteren Politologen und Publizisten die »Imperative der nationalen Wiedergeburt«, die in sieben Punkten zur Bildung einer Nationalkonservativen Union aufrief. Der Text wurde auf der Plattform pravaya.ru veröffentlicht. Zentraler politischer Spieler hinter diesem Aufruf war Sergej Baburin, der die Gründung einer neuen, unabhängigen Partei rechts neben den bestehenden Parteien vorbereitete, darin aber vom Kreml gestoppt wurde. Der Aufruf wird deshalb mitunter auch als »Manifest der Nationalkonservativen Union« bezeichnet. Im gleichen Jahr entstand auch das Manifest des »Russischen politischen Konservatismus«, an dem wieder Remisow maßgeblich beteiligt war und das auf APN veröffentlicht wurde.

Während die beiden Manifeste – »Imperative der nationalen Wiedergeburt« und »Russischer politischer Konservatismus« von 2006 – eher in Konkurrenz oder am Rande der Partei Einiges Russland formuliert wurden und vermutlich keine Rolle für die innerparteiliche Debatte spielten, standen zwei weitere Manifeste aus den Jahren 2005 und 2007 als programmatische Grundlage der Partei zumindest kurzfristig in der Diskussion. Dabei handelt es sich zum einen um das »Russische Manifest« (»Russkij manifest«) oder »Russische Projekt« des »Zentrums für sozialkonservative Politik«, eines zwei Jahre zuvor unter Leitung des Politikers Boris Gryzlow gegründeter Think Tanks der Partei Einiges Russland. Das »Russische Manifest« wurde im Februar 2007 publiziert und bildet die Grundlage für eine 2011 im Rahmen der Partei gegründeten »Sozialkonservativen Union«.

Der umfangreichste Entwurf, der den Rahmen eines Manifests gänzlich sprengt, stammt aus der Feder des 2005 gegründeten Zentrums und späteren »Instituts des dynamischen Konservatismus«. Zwischen 2005 und 2007 erarbeitete und diskutierte ein breiter Kreis von Autoren das rund 800 Seiten starke Buch »Russische Doktrin – eine Waffe des Bewusstseins«. Auf der Webseite des Instituts wird es bis heute als Schlüsseldokument für die Bildung einer »neuen Generation von Konservativen« präsentiert. Zu den Hauptautoren gehören die beiden Gründer des Zentrums, der der Orthodoxie nahestehende Philosoph Witalij Awerjanow und der Ökonom Andrej Kobjakow, sowie der Publizist Wladimir Kutscherenko, der unter dem Pseudonym Maxim Kalaschnikow in hoher Frequenz populistische Streitschriften verfasst. An der Doktrin haben zudem wieder

Cholmogorow, Remisow und Leontjew mitgeschrieben. Ebenso wirkte einer der bekanntesten russischen Ökonomen, Michail Chasin, mit, der bereits 2003 zusammen mit dem Zentrumsgründer Kobjakow und einem weiteren Autor ein in Russland einflussreiches Buch verfasste, das die Weltwirtschaftskrise von 2007/08 vorher sah und das Ende der »Pax Americana« prognostizierte.

Die »Russische Doktrin« bildet einen gewissen Endpunkt der Experimentierphase, weil sie versucht, eine Synthese des neuen russischen Konservatismus zu liefern, ohne für sich zu beanspruchen, eine in sich geschlossene Theorie zu sein. Dieser Syntheseversuch reicht von der Formulierung philosophisch-theologischer Grundlagen bis zu detaillierten Reformvorschlägen in fast allen zentralen Bereichen des russischen Staates. Die »Doktrin« gewann im Übrigen auch deshalb an Gewicht, weil sie eine Weile das wohlwollende Interesse des späteren Patriarchen Kirill fand, der sich an den Diskussionen beteiligte.

Modernisierung und Geopolitik im Neuen Konservatismus

In der westlichen Öffentlichkeit wird der neue russische Konservatismus vor allem mit Putins Auftritten zu Beginn seiner dritten Amtszeit ab 2012 assoziiert, bei denen der alte-neue Präsident der Welt einen Katalog universeller konservativer »Werte« wie (heterosexuelle) Familienwerte, traditionelle Religion, Patriotismus und staatliche Souveränität präsentierte. Dieser vorgebliche Rückzug auf dauerhafte, »traditionelle« Werte verdeckt indes eher seinen Charakter als situative Gegenbewegung zu den »progressiven« Ideologien, vor allem zum Liberalismus beziehungsweise Neoliberalismus. In den genannten Manifesten spielen diese »Werte« eine auffällig nachgeordnete Rolle. Das, was die neuen Konservativen primär umtrieb, war nicht die Dekadenz des Westens, sondern die Frage nach einem eigenständigen politischen Kurs Russlands. Vor allem in den drei weiter unten ausgeführten Manifesten bildet die Verknüpfung von Modernisierung und Geopolitik das Grundthema.

Im »Memorandum: Von der Politik der Angst zur Politik des Wachstums«, das am 15. Januar 2003 in Wedomosti erschien, ist das Grundthema »Modernisierung und Geopolitik« noch wenig ideologisch aufgeladen. Dem »Russischen Manifest« der Sozialkonservativen in der Partei Einiges Russland von 2007 sieht man seinen politisch-instrumentellen Zweck an. In kräftigen Worten werden die Zerstörung der »ideologischen Basis« des Staates, von Verwaltung, Wissenschaft und Bildung und der Verfall der sozialen Infrastruktur des Landes beklagt, die zu einer »Systemkrise im Inneren« unter Bedingungen »äußerer Bedrohung« (hier noch allgemein als Bedrohung durch eine globale Krise) geführt

hätten. Trotz der drastischen Worte kommt Elitekritik jedoch nur als Kritik an den Liberalen vor, die trotz der Katastrophe der 1990er Jahre das »soziale Experiment« des Wirtschaftsliberalismus fortsetzen wollten.

Die Verknüpfung von Modernisierung und Geopolitik ist in der »Russischen Doktrin« sehr präsent. Mit der Wahl des Begriffs »dynamischer Konservatismus« zielen die Autoren bewusst auf die Ausformulierung einer auf Tradition aufbauenden Bewegungsideologie im Sinne Freedens. Rückbezug auf Tradition dient nicht der Wiederherstellung eines vergangenen Zustands (weder der traditionellen Autokratie noch der Sowjetunion). Man gibt sich betont anti-revolutionär (das heißt, Revolution als radikaler Bruch mit der Tradition wird als zentrales Übel in der russischen Geschichte abgelehnt) und restaurativ (Wiederherstellung der angestammten Rolle Russlands in der Welt). In seinen Gesellschafts- und Weltentwürfen und in seiner Elitekritik ist die Doktrin aber zugleich radikal. Wie Modernisierung und Geopolitik im neuen russischen Konservatismus zu einer Gegenbewegung verknüpft werden, sieht man hier besonders deutlich: Eine geopolitische Neupositionierung Russlands gilt als erforderlich, um die äußeren Modernisierungsblockaden durch die neoliberale Globalisierung unter US-amerikanischer Hegemonie und das aufkotrolierte liberale Wirtschaftsmodell zu beseitigen.

Die »Russische Doktrin« folgt der Idee von Russland als einer eigenständigen Zivilisation, die auf der Orthodoxie basiert. Während die »konservative Inanspruchnahme der Religion« kein exklusiv russisches Phänomen ist, ziehen die Autoren der Doktrin daraus einige spezifische Konsequenzen: Erstens wird die orthodoxe Wirtschaftsethik für die neue Phase »postindustrieller« Entwicklung und für einen sozialen Konservatismus als hervorragend geeignet angesehen. Zweitens wird mit der Orthodoxie als autochthone »Kraft« der russischen Zivilisation deren Konzeption des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat übernommen: Die »Symphonia« des Geistigen und Politischen (auch als Definition des »dynamischen Konservatismus« eingeführt) wird unter das Primat der Politik gestellt. Gleichzeitig wird das westliche Konzept der Trennung von Staat und Nation abgelehnt. Drittens wird auch die präentendierte geopolitische Mission Russlands mit der Orthodoxie verknüpft. Die Orthodoxe Kirche sei als einzige russische Institution im ganzen postsowjetischen Raum präsent und somit in der Lage, dort den Einfluss Russlands neu festigen zu helfen. Dabei verstehen die Autoren Rechtgläubigkeit nicht bloß als eine Konfession (das sei zu äußerlich) oder Kirche, sondern als eine »soziale und nationale Existenzweise«, was auch eine »rechtgläubige Säkularisierung« einschließt – eine Säkularisierung, die anders als in der europäischen Aufklärung nicht als

Bruch mit der Religion auftritt, sondern deren moralischen und kulturellen Kern tradiert.

Politische Konstellationen ab 2012

Laut Andrei Yakovlev, einem profunden Analytiker der russischen Wirtschaft und politischen Elite, veränderten zwei Einschnitte die politische Konstellation, noch bevor sich 2014 der Konflikt mit den USA und der EU um die Ukraine zuspitzte (s. auch Yakovlevs Beitrag in dieser Ausgabe, S. ##). Den ersten Einschnitt stellt die globale Finanzkrise dar, die die Schwächen des sich seit 2003 entwickelnden Modells von Staatskapitalismus, basierend auf großen Staatskonzernen und der föderalen Bürokratie, aufzeigte. Der zweite geht vom »Arabischen Frühling« und den Protesten im Inland gegen den Wahlbetrug bei den Parlamentswahlen 2011 aus. Diese Ereignisse stärkten die Position des Sicherheits- und Militärapparates innerhalb der Machtelite weiter und führten offenbar Putin zu der Einschätzung, dass der Kurs einer »konservativen Modernisierung« für den Machterhalt und als Wirtschaftsprogramm unzureichend ist.

Die Neuaufstellung der Kreise und Zirkel des russischen Konservatismus ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Der Isborsker Klub und die Stiftung ISEPI mit ihren »Heften über Konservatismus« bilden zwei neue Zentren, deren Personal sich nur wenig überschneidet. Beide Initiativen sind mit anfänglicher Unterstützung der Administration des Präsidenten entstanden. Beträchtliche Mittel flossen in die Webseiten und Medienpräsenz. Die politischen Gewichte wie das konservative Profil unterscheiden sich indes klar. Während der Isborsker Klub eine Bündelung wirkmächtiger Propagandisten politisch-gesellschaftlicher Veränderungen ist und im Spannungsfeld zur politischen Macht steht, versuchen die Herausgeber der Hefte einen auf den ersten Blick, moderateren russischen Konservatismus philosophisch-geschichtlich zu begründen und gleichzeitig international bündnisfähig zu machen. Damit tritt ein vermeintlicher Wertkonservatismus gegenüber den politischen Forderungen in den Vordergrund.

Der neue Konservatismus im Spannungsverhältnis zur Politischen Macht

Externe Beobachter deuten den neuen russischen Konservatismus mitunter als erneute Etablierung einer Staatsideologie, die die alte kommunistische Staatsideologie ersetzt und Bestrebungen nach einer Restauration der Sowjetunion mit vorsowjetischen Traditionsbeständen verknüpft. Konservatismus und Putinismus erscheinen als ein und dasselbe. Andere betonen vor allem den »rein instrumentellen Charakter« der konservativen Ideologie für Putin, die vornehmlich als innen- und außenpolitisches Legitimationsmittel dient (ein-

schließlich der Disziplinierung der eigenen Eliten). Ein neues »Potemkin'sches Dorf« werde gebaut, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den sozialpolitischen und ökonomischen Problemen des Landes abzulenken. Die zunehmende Ideologisierung der russischen Gesellschaft von oben und der dabei auf unterschiedlichen Ebenen freigesetzte Eifer ließen sich als Belege für beide Argumente lesen.

Die instrumentelle Beziehung der politischen Macht zur Ideologie sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass der neue russische Konservatismus tatsächlich eine Gegenbewegung zu Sozialismus und Liberalismus im Sinn Mannheims und Freedens darstellt. Deren intellektuelle Protagonisten gehören zu den späten Kohorten der »sowjetischen Generation«, die zwischen 1960 und Ende 1970 geboren wurden und damit ihre primäre Bildungssozialisation noch in der Sowjetunion erlebt haben, aber den Hauptteil ihres beruflichen Lebens nach 1989 verbringen und Erfahrungen dieser Zeit verarbeiten. Diese »Ideologieproduzenten« wurden zwar teil- und vielleicht auch nur zeitweise in die Elite kooptiert, sind aber keineswegs bloße Erfüllungsgehilfen des politischen Establishments.

Der neue russische Konservatismus ist weder ein in sich geschlossenes Denkgebäude, noch lassen sich distinkte Strömungen klar abgrenzen. Stattdessen überwiegen einige Grundthemen, die unterschiedlich rekombiniert und akzentuiert werden. Die Abstoßungsbewegung vom Liberalismus in seiner zeitgenössischen Form – vom neoliberalen Wirtschaftsmodell und von der liberalen Wettbewerbsdemokratie – steht im Zentrum des neuen russischen Konservatismus. Beides wird als Weg zu einem »abhängigen (liberalen) Kapitalismus« (wie er sich in Ostmitteleuropa herausgebildet hat) und in die geopolitische Bedeutungslosigkeit abgelehnt. Es geht um ein anderes Modell politischer Ökonomie, national wie international, um effizientere Staatlichkeit und (zumindest in der Anfangsphase) gerechtere Verteilung, ohne die Marktwirtschaft aufheben zu wollen. Das macht aus meiner Sicht einen wesentlichen Teil seiner Attraktivität aus. Ziel ist also weder eine Rückkehr der Sowjetunion noch einfach die Restauration eines traditionellen Imperiums. Die Vehemenz des Modernisierungsproblems unterscheidet die neuen russischen Konservativen von den philosophisch-kulturologischen Neo-Eurasianern der 1990er Jahre. Erst mit weiterer Radikalisierung rückt die geopolitische Komponente im neuen konservativen Denken in den Vordergrund, und die Auseinandersetzung mit der inneren Situation tritt zurück.

In der Forschungsliteratur werden die neuen russischen Konservativen häufig als »Nationalkonservative«

oder Nationalisten bezeichnet. Dies entspricht ja zum Teil auch der Selbstbezeichnung, verdeckt aber das traditionelle Spannungsfeld von Nation und Imperium im russischen Denken, das eben deshalb einen ethnisch oder rassistisch geprägten Nationalismus ablehnt. Viele der neuen Konservativen wenden sich mit diesem Argument gegen ein klassisches europäisches Nationalstaatskonzept und bleiben dem Zivilisationskonzept verhaftet, das eine widersprüchliche Spannung zum sich universell gebenden Wertekonservatismus schafft, der ab 2012 an Bedeutung gewinnt.

Mit den US-amerikanischen »Neocons«, die mit Bush Jr. an die Macht kamen und in der Experimentierphase eine wichtige Reflexionsfolie für die neuen russischen Konservativen bildeten, teilen sie zwar ein Denken in geopolitischen Kategorien. Die US-amerikanischen »Neocons« haben aber weder das Problem nachholender Modernisierung, noch ist das amerikanische Staatsverständnis mit der russischen Idee vom »Staatsvolk« vereinbar. Letztlich lehnen die neuen russischen Konservativen die spezifische Kombination von Konservatismus, Neoliberalismus und libertärem Denken der »Neocons« ab.

Die kritische Grundhaltung gegenüber der westlich dominierten Globalisierung und der Rückzug auf die »Nation« als Wirtschafts- und Schutzraum teilen die russischen Konservativen mit europäischen Globalisierungs- und EU-Kritikern. Dabei verweigern sie sich bewusst einer Links-Rechts-Zuordnung, die die Fremdzuschreibung als »rechtsextrem« schwierig macht. Erst durch die zunehmende Aufladung mit »universellen« konservativen Werten bewegt sich der neue russische Konservatismus im europäischen Richtungsspektrum klar nach rechts. Die kulturellen Unvereinbarkeiten der europäischen Linken und Rechten im Hinblick auf die angebotenen klassisch »modernen« oder »europäischen Werte« scheinen die neuen russischen Konservativen in der Suche nach Bündnispartnern jedoch nicht weiter zu beeindrucken. Ob und inwieweit für die europäischen Rechten dieses Angebot attraktiv ist, hängt indes wieder stark von ihrer geopolitischen Positionierung ab. So mag sich Marine Le Pen von Putin finanziell unterstützen lassen und dabei dessen geopolitische Ambitionen billigend in Kauf nehmen. Für die polnischen National- und Sozialkonservativen um Jarosław Kaczyński werden jedoch ideologische Gemeinsamkeiten mit den neuen russischen Konservativen kaum ausreichen, um ein Bündnis zu schmieden.

Informationen über die Autorin und Lesetipps befinden sich auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Prof. Dr. Katharina Bluhm ist Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Osteuropa an der Freien Universität Berlin.

Lesetipps

- Bluhm, Katharina: Machtgedanken. Ideologische Schlüsselkonzepte der neuen russischen Konservativen, in: Mittelweg 36, 2016, Heft 6 (Dezember/Januar), S. 56–75.
- Bluhm, Katharina: Modernisierung, Geopolitik und die neuen russischen Konservativen, in: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 44.2016, Heft 1, S. 36–64.

KOMMENTAR

Was ist es, das Russland zu verteidigen versucht?

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Im Unterschied zu einer Konzentration auf die Ereignisse der letzten Jahre (seit 2014) im Zusammenhang mit der Angliederung der Krim und dem militärischen Konflikt in der Ostukraine soll in diesem Beitrag herausgestellt werden, dass die erheblichen Veränderungen, die es in der Innenpolitik Russlands gegeben hat (mit starkem Druck auf die politische Opposition, Staatspropaganda, scharfer antiwestlicher Rhetorik und dem Kampf gegen »ausländische Agenten«), bereits 2012 zu Tage traten. Geopolitische Ambitionen zur Revidierung der »globalen Ordnung« (die von den USA nach dem Zusammenbruch der UdSSR errichtet wurde) und eine stärkere Rolle Russlands bei der »globalen Regierung« sind von der Führung des Landes bereits noch früher eingefordert worden, nämlich mit Putins berühmter Münchener Rede von 2007. Diese Ambitionen stützten sich auf das robuste Wirtschaftswachstum Mitte der 2000er Jahre, das die herrschende russische Elite zu dem Standpunkt ermutigte, dass Russland mit seinen riesigen Energiereserven eine neue wirtschaftliche Supermacht darstellt. In diesem Beitrag wird aufgezeigt, dass das Konzept von einem »streitbaren Russland«¹ im eigentlichen Sinne eher auf Mitte der 2000er Jahre zu beziehen ist. Nach 2008/09, der weltweiten Finanzkrise und insbesondere dem »Arabischen Frühling« und den politischen Massenprotesten in Moskau gegen die Wahlfälschungen im Dezember 2011 kann man von überwiegend »streitbaren« Versuchen der herrschenden russischen Elite sprechen, ihre Macht und ihre Vermögen zu verteidigen.

Ein »streitbares Russland«

In diesem Beitrag möchte ich – dem Ansatz von Silvana Malle aus dem Jahr 2016 folgend (s. die Lesetipps) – die Gründe für Russlands »streitbare Wende« in seinen Beziehungen zum Westen analysieren, wie auch die Faktoren, die dem in unterschiedlichen Phasen (vor der Krise von 2008/09, nach dem arabischen Frühling 2011 und nach den Ereignissen auf der Krim und in der Ukraine 2014) zugrunde lagen. Darüber hinaus werde ich die Verschiebungen in der Sozialstruktur der russischen Gesellschaft analysieren, die in den 2000er Jahren erfolgten, wie auch den Wandel der patriotischen Stimmung, die in der Öffentlichkeit nach der Angliederung der Krim an Russland zu Tage traten. Das

1 Der vorliegende Artikel ist Teil einer Diskussion, die sich auf einen Aufsatz von Silvana Malle bezieht (vgl. auch die Lesetipps). Darin hatte die Autorin sich mit der russischen Wirtschaftspolitik der dritten Amtszeit Wladimir Putins auseinandergesetzt und diese als Teil einer neuen Ordnung beschrieben, die sie mit dem Begriff »Militant Russia« kennzeichnete. Der Begriff lehnt sich an den Terminus »streitbare Kirche« (*ecclesias militans*) an und kann mit »militantes/streitendes/streitbares Russland« eingedeutscht werden. Silvana Malle umreißt damit das politisch-ökonomische System, das seit 2014 hervorgetreten ist: »...Russlands neue Ordnung, die in diesem Beitrag als Streitbares Russland (*Militant Russia*) charakterisiert wird. Es ist eine Ordnung, die im Entstehen begriffen ist, ein patriotisches Konstrukt, das in einem korporatistischen Rahmen gesteigerter Sorgen um Sicherheit Gestalt annimmt.« (s. Malle, Silvana: Economic sovereignty. An agenda for Militant Russia, in: Russian Journal of Economics, 2.2016, 2 (Juni 2016), S. 111–128 <<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2405473916300150>>, S. 112). Anmerkung der Redaktion.

bildet die Grundlage für eine Betrachtung der Faktoren und Ressourcen, die Russland angesichts der Sanktionen und der internationalen Isolation für seine Entwicklung einsetzen könnte. Abschließend möchte ich zudem die wichtigsten Herausforderungen und Risiken beleuchten, denen sich Staat, Regierung und die Gesellschaft nach der Angliederung der Krim und dem Beginn des militärischen Konfliktes in der Ukraine gegenübersehen.

Vorgeschichte der (streitbaren) »Wende« in Russlands Beziehungen zum Westen

Auf den ersten Blick (insbesondere aus der Sicht externer Beobachter) mag es scheinen, dass die dramatische Wende in der russischen Innen- und Außenpolitik vor allem mit den Ereignissen 2014 auf der Krim und in der Ostukraine zusammenhängt. Ich meine allerdings, dass der grundlegende Wandel in der Innen- und Außenpolitik viel eher begann, nämlich Mitte der 2000er Jahre. Darüber hinaus haben sich die Grundkonzepte, die diesem »neuen politischen Kurs« zugrunde liegen, mit der Zeit geändert und dabei mindestens vier Phasen durchlaufen. Meine Sicht der allgemeinen Merkmale dieser Phasen wird in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Hauptphasen der innen- und außenpolitischen Entwicklung Russlands seit Anfang der 2000er Jahre in der Logik des Konzepts »streitbares Russland«

Phase	Jahre	Hauptmerkmale der Phase
Abhängiges Russland	1990er	Tiefgreifende innere Konflikte (Putsch 1991; Konfrontation mit dem Parlament 1993; Krieg in Tschetschenien 1994–1996). Starke finanzielle Abhängigkeit vom Westen. Nutzung westlicher Unterstützung im Kampf gegen interne politische Opponenten. Liberalismus als offizielle Ideologie. Gleichwohl bereits seit den frühen 1990er Jahren breite staatliche Unterstützung für die Russische Orthodoxe Kirche.
Nichtstreitbares Russland	2000–2003	Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, nach Tilgung der Schulden, die den Crash von 1998 bewirkt hatten. Konzentration auf innenpolitische Fragen. Die Außenpolitik ist vorwiegend auf partnerschaftliche Beziehungen mit dem Westen orientiert.
Streitbares Russland 1	2004–2008	Russland positioniert sich angesichts weltweit hoher Ölpreise, starken Wirtschaftswachstums und einfließender ausländischer Direktinvestitionen als »Energie-Supermacht«. Spannungen mit dem Westen nach den »farbigen Revolutionen« in Georgien und der Ukraine. Verfechtung einer »neuen Weltordnung«, die die Interessen Russlands und anderer großer Schwellenländer berücksichtigt. Krieg mit Georgien als Demonstration der militärischen Stärke Russlands.
Russland am Scheideweg	2009–2011	Tiefgreifende wirtschaftliche Rezession vor dem Hintergrund der weltweiten Krise von 2008/09. Suche nach neuen Entwicklungsmodellen für die Wirtschaft. Versuch eines »Neustarts« in den Beziehungen zu den USA. Wachsende Unzufriedenheit im Innern wegen der fehlenden Effizienz des Staates. Arabischer Frühling und politische Massenproteste gegen Wahlfälschungen im Dezember 2011 bedeuten einen »politischen Schock« für die Elite.
Streitbares Russland 2	2012–2013	Zukunftsängste und »Abwehrreaktion« auf arabischen Frühling und die Proteste gegen Wahlfälschungen: starker Druck auf die Opposition, Gesetz über »ausländische Agenten«, staatliche Propagierung »traditioneller Werte«, Verstärkung der antiwestlichen und antiamerikanischen Rhetorik plus Antikorruptionspolitik und »Nationalisierung der Eliten«. 2013 aber erneuter Wirtschaftsabschwung und abnehmender gesellschaftlicher Rückhalt.
Isoliertes Russland	2014–...	Angliederung der Krim an Russland: formal als Antwort auf die Revolution in Kiew, tatsächlich aber <i>als Instrument zur Mobilisierung politischer Unterstützung</i> . Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine. Internationale Sanktionen gegen Russland und Beginn einer neuen wirtschaftlichen Rezession. Einmischung in den Syrienkonflikt und Spannungen mit der Türkei. Staatliche Nationalismus-Propaganda.

Die erste der in Tabelle 1 aufgeführten Phasen war zwar vorwiegend von partnerschaftlichen Beziehungen zum Westen gekennzeichnet, ist aber für das Verständnis des weiteren Entwicklungsmusters von sehr großer Bedeutung. Eines der Schlüsselemente der nächsten Phase war die *Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Russlands*. In den vorherigen fast 15 Jahren waren weder die Sowjetunion, noch anschließend Russland in der Lage, genügend Haushaltseinnahmen zu erreichen, um den eigenen Ausgabenverpflichtungen nachzukommen. Dies bedeutete den Zwang, westliche Anleihen aufzunehmen, die unter den gegebenen Bedingungen als Druckinstrument gegenüber dem sowjetischen und später russischen Staat wahrgenommen wurden.

Die Außenpolitik jener Zeit war trotz der Spannungen um den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien von vorwiegend herzlichen Beziehungen zum Westen gekennzeichnet. Die emotionale Reaktion auf die Anschläge vom 9. September 2001 und das Mitgefühl für die Amerikaner sind hier besonders zu erwähnen. Insgesamt kann der Kampf gegen den Terrorismus als ein wichtiger Faktor betrachtet werden, der Russland mit dem Westen vereinte. Russlands Offenheit hinsichtlich einer angemessenen Zusammenarbeit hat allerdings in jener Zeit keine adäquate Antwort durch den Westen erfahren. In diesem Kontext wurde der NATO-Beitritt einer großen Gruppe osteuropäischer Länder im Jahr 2004 von der russischen Führung als ein wichtiges, negatives Signal betrachtet.

Der Wechsel zu einem »neuen Kurs« ab 2004 stand im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Ereignissen. Zunächst ist da die Jukos-Affäre zu nennen, die objektiv den akuten Konflikt zwischen den unterschiedlichen wichtigen Gruppierungen innerhalb der Elite widerspiegelte, die im Kampf um die Kontrolle über die Renten aus natürlichen Ressourcen standen (Yakovlev, Andrei: *The Evolution of Business–State Interaction in Russia: From State Capture to Business Capture*, in: *Europe-Asia Studies*, 58.2006, Nr. 7, S. 1033–1056). Die Niederlage, die die Großunternehmen in diesem Konflikt erlitten, war von einer massiven Unterstützung begleitet, die die herrschende politische Elite bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2003 und 2004 erhielt. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Verhaftung von Michail Chodorkowskij, was zu einem Wandel in der Kräftebalance innerhalb der herrschenden Koalition führte, die nun offen von Vertretern der föderalen Bürokratie und der Sicherheitsbehörden, den sogenannten *Silowiki* dominiert wurde, die mit den geopolitischen Ergebnissen der 1990er Jahre unzufrieden waren. Die großen Unternehmen, die dem Westen gegenüber stets pragmatischer eingestellt waren, fanden sich anschließend in einer offensichtlich untergeordneten Position wieder.

Als Zweites haben die »farbigen Revolutionen« in Georgien, der Ukraine und in Kirgistan 2003 bis 2005, die von den Vereinigten Staaten und führenden europäischen Staaten ermutigt wurden, eine erhebliche Rolle beim politischen Kurswechsel Russlands gespielt. Der konservative Teil der russischen Elite betrachtete eine Unterstützung dieser neuen Regime durch den Westen und insbesondere durch die USA als Beeinträchtigung der russischen Interessen im postsowjetischen Raum (Karaganow, Sergej: *Nowaja epocha protivostojanija*, in: *Rossija w globalnoj politike*, 2007, Nr. 4; <http://www.globalaffairs.ru/number/n_9235> [russ.]).

Das stürmische Wirtschaftswachstum Mitte der 2000er Jahre und der dramatische Anstieg der Ölpreise, der von einem Strom an Direktinvestitionen und einem Ende der Kapitalflucht begleitet wurde, haben ebenfalls zu dem Schwenk hin zum »neuen Kurs« beigetragen. In Kombination mit der Abhängigkeit europäischer Länder von russischen Energielieferungen hat all das an der Spitze der politischen Eliten die Wahrnehmung erzeugt, dass Russland den Status einer Energie-Supermacht habe und Russlands weltpolitische Rolle wiederhergestellt werden müsse. Ich bin überzeugt, dass Putins allseits bekannte Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 als konzentrierte Manifestation dieses neuen Kurses betrachtet werden kann.

Die Krise von 2008/09 mit einem in Russland besonders starken Rückgang des BIP hatte sehr deutlich gemacht, dass das Entwicklungsmodell der Wirtschaft, für das sich Russland in den 2000er Jahren entschieden hatte, nicht zu den neuen Realitäten passte. Der Anspruch auf eine veränderte Rolle in der Weltpolitik konnte nicht durch ein ausreichendes Wirtschaftspotential gestützt werden. Als man sich dieses Umstandes bewusst wurde, erfolgten Forderungen nach einer Modernisierung (verkündet unter anderem durch den neuen Präsidenten Dmitrij Medwedew) und es gab 2009–2011 den Versuch eines Dialogs mit Unternehmern und Experten.

Schlüsselemente des »neuen Kurses«

Ab Mitte 2012 wurde ein neuer Schwenk klar erkennbar, nämlich in Richtung einer »streitbaren« Politik (mit Versuchen, die politische Opposition zu unterdrücken, einem verstärkten Druck auf NGOs durch die Verabschiedung des Gesetzes über »ausländische Agenten« sowie einer Intensivierung der antiamerikanischen Rhetorik). Aus formalistischer Sicht lässt sich dies als »konservative« Reaktion auf die Massenproteste im Winter 2011/12 gegen die Fälschungen bei den Parlamentswahlen betrachten. Meiner Ansicht nach sind die tieferen Gründe für diese Wende in den Ereignissen des arabischen Frühlings zu sehen. Die Reihe von Revolutionen in arabischen Ländern im Frühjahr 2011

stellte einen starken »externen Schock« für die politische Elite Russlands dar, der eine vergleichbare Wirkung hatte, wie 1968 der Prager Frühling auf die Spitze der sowjetischen Elite. Die Furcht vor einer möglichen Entwicklung in Russland, die den Szenarien in Ägypten oder Libyen folgte, lösten angesichts der politischen Massenproteste gegen die Wahlfälschungen vom Dezember 2011, die in Moskau und anderen großen Städten stattfanden, eine »Abwehrreaktion« aus, die unterschiedliche Formen annahm.

In erster Linie sollte hier eine Reihe von Maßnahmen erwähnt werden, die auf eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas abzielten. Die radikalsten Maßnahmen dieses Pakets wurden im Frühjahr 2012 verabschiedet, während der Präsidentschaftswahlen, so dass angenommen werden kann, dass die Regierung damit den Versuch unternahm, Unternehmen (vor allem mittlere und kleine) von einer Unterstützung der politischen Opposition abzuhalten.

Auch die Anhebung der Einkommen von öffentlichen Angestellten (die für das Regime eine große Unterstützungsgruppe darstellen) kann als wichtiger Teil der Reaktion auf die politischen Proteste von 2011/12 betrachtet werden. Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Maßnahme wurde allerdings den Regionalregierungen aufgebürdet, was dann zu einer dramatischen Zerrüttung der regionalen Finanzen führte: Das durchschnittliche Defizit der Regionalhaushalte (bezogen auf die eigenen Haushaltseinnahmen der Regionalregierungen) erhöhte sich von 4 Prozent im Jahr 2012 auf 8 Prozent im Folgejahr. Erwähnenswert sind auch die verstärkte Betonung der Korruptionsbekämpfung, zu der auch die hastige Verabschiedung eines Gesetzes im Frühjahr 2012 zählt, durch das Amtsträger ihre Ausgaben deklarieren müssen und bei Diskrepanzen zwischen Einkommen und Ausgaben zur Verantwortung gezogen werden können.

Eine weitere Reaktion auf die Proteste 2011/12 war der Druck auf die politische Opposition (der mit der Auflösung der Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz am 6. Mai 2012 und den nachfolgenden Prozessen gegen Demonstrationsteilnehmer begann) und eine verschärfte Kontrolle der Arbeit von NGOs durch das Gesetz über »ausländische Agenten«. Nach Putins Sieg bei den Präsidentschaftswahlen verstärkte sich die antiwestliche und antiamerikanische Rhetorik in der Staatsduma und den regierungsfreundlichen Medien. Zu beachten ist auch die fortgesetzte Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit.

Diese politische Wende wurde von Versuchen begleitet, eine »alternative Ideologie« zu entwickeln. So wurde mit informeller Unterstützung durch den Kreml im Herbst 2012 der ultrakonservative »Isborsker Klub« gegründet, der umgehend in den Medien aktiv wurde. Zu den Schlüsselfiguren des »Isborsker Klubs« gehören die Wirtschaftswissenschaftler Michail Deljagin und Sergej Glasjew sowie die Publizisten Alexander Prochanow, Alexander Dugin und Maxim Kalaschnikow. In ihrem ersten, im Januar 2013 veröffentlichten Bericht erörtern die Experten des Isborsker Klubs das Unausweichliche eines »dritten Weltkriegs«, der innerhalb der kommenden 5 bis 7 Jahre zu erwarten, von der globalen Finanzoligarchie losgetreten und hauptsächlich gegen Russland gerichtet sein werde. Daher auch das Argument, Russland sei eine »belagerte Festung« und es habe im Geiste Peters des Großen und Stalins eine Mobilisierung zu erfolgen.

Auswirkungen des »neuen Kurses« auf das Verhalten wirtschaftlicher Akteure

Die erwähnten Maßnahmen, mit denen die Kontrolle über den politischen Prozess wiedergewonnen und die Unterstützung für das Regime durch die wichtigsten Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden sollte, hatten widersprüchliche Auswirkungen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und der Staatsfunktionäre. Unter anderem war bereits 2012 klar, dass der Staat nicht über die nötigen Ressourcen verfügte, um gleichzeitig eine Steigerung der Finanzierung des öffentlichen Sektors und einen beschleunigten Anstieg der Militärausgaben stemmen zu können. Das führte zu verstärkter Kapitalflucht. Auch der erhöhte Druck auf die Bürokratiemaschine im Kampf gegen Korruption hatte widersprüchliche Folgen. Der verstärkte Druck auf die Verwaltung erhöhte das Risiko für Funktionäre, falls diese in irgendeiner Art Initiative zeigten, und schwächte ihre Motivation, für ein günstiges Umfeld zur wirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen. Im Ergebnis wurde bereits 2013 eine beträchtliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums (nur 1,3% anstelle der zu Jahresbeginn noch einmütig auf Grund der recht stabilen Ölpreise prognostizierten 3–3,5%), ein Investitionsrückgang und ein gestiegener Kapitalabfluss verzeichnet. Der Rückgang an politischer Unterstützung (der die Umfragewerte Putins ab dem Sommer 2013 sinken ließ), der vor diesem Hintergrund erfolgte, ist gleichfalls von Bedeutung. Meiner Ansicht nach haben diese Prozesse die Bühne für die nächste Entwicklungsphase der russischen Innen- und Außenpolitik bereitet, die wir seit den Ereignissen in der Ukraine 2014 erleben.

Die Entwicklung in der Ukraine um den Jahreswechsel 2013/14, die in den erzwungenen Abgang von Präsident Viktor Janukowytsh mündeten, waren Folge einer zutiefst unangemessenen Politik, wie sie jeweils von den interessierten Parteien verfolgt worden war – von Russland, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Eine nicht weniger beklagenswerte Rolle hat das vollkommen selbstbezogene Verhalten der ukrainischen Elite gespielt.

Über zwanzig Jahre lang hatten sich Angehörige der Elite Fehden um eine Kontrolle über die Rentenströme geliefert sowie mit den Konflikten zwischen Russland und Europa spekuliert, statt sich dem Aufbau normaler Institutionen im eigenen Land zu widmen.

Gleichwohl sollte die Krise in der Ukraine im Kontext der aktuellen Entwicklung wohl eher als Mobilisierungsfaktor für sozialen Rückhalt des bestehenden politischen Regimes in Russland gesehen werden. In der Tat haben es die Polittechnologien des Kreml mit Erfolg vermocht, die patriotischen Stimmungen aufzugreifen, die sich in den 2000er Jahren in Russland aufgebaut hatten.

Gleichzeitig hatte das praktische Vorgehen zur Angliederung der Krim radikale Auswirkungen auf die außenpolitische Situation und auf Russlands Beziehungen zu Europa und den USA. Bis zu diesem Zeitpunkt war die russische Führung in der Lage gewesen zu manövrieren, wobei sie die antiwestliche Rhetorik entweder verschärfte oder eben abmilderte. Die Ereignisse auf der Krim und der Beginn des militärischen Konfliktes in der Ukraine haben schließlich die letzten Überbleibsel des früheren Vertrauens zwischen den Seiten zerstört und könnten zu einem Punkt geworden sein, hinter den es in Bezug auf eine Wiederherstellung einer normalen Interaktion zwischen Russland, der EU und den USA, wie sie die vergangenen 25 Jahren bestanden hatten, kein Zurück mehr gibt. Im Bereich der Wirtschaft manifestierte sich die Wende in internationalen Sanktionen durch den Westen und in Russlands Embargo auf Nahrungsmittelimporte.

Die Experten sind zwar zu unterschiedlichen Einschätzungen der quantitativen Verluste durch die internationalen Sanktionen gelangt, doch liegt es auf der Hand, dass die Sanktionen (vor allem die finanziellen) ernstzunehmende Auswirkungen auf die Wirtschaft Russlands hatten.

Angesichts der spürbaren negativen Folgen der Sanktionen versuchte die russische Führung, die Verluste im Europa-Handel in den Wirtschaftsbeziehungen durch eine scharfe Wende nach Osten, vor allem in Richtung China zu kompensieren. Es wurde allerdings bald klar, dass China trotz einiger gemeinsamer geopolitischer Interessen keine Absicht hat, Russland beträchtliche Unterstützung zu gewähren, und weiter seine eigenen pragmatischen Interessen verfolgen dürfte.

In diesem Kontext kann Russlands Vorgehen in Syrien als eine »asymmetrische Antwort« auf die festgefahrene Situation betrachtet werden, die durch die Krise in der Ukraine entstanden ist. Die Sackgasse besteht hier in dem Umstand, dass alle an der Krise Beteiligten (einschließlich der EU, Russlands und der derzeit herrschenden Elite in der Ukraine) erhebliche Verluste und Risiken zu bewältigen haben, gleichzeitig aber nicht einen Kompromiss wagen können, ohne in beträchtlichem Maße das Gesicht zu verlieren.

Schlussbemerkung

Abschließend möchte ich auf vorläufige Ergebnisse eines aktuellen Forschungsprojekts des Instituts für Industrie- und Marktstudien der »Higher School of Economics« (HSE) verweisen, in der Strategien ausländischer Unternehmen analysiert werden, die auf dem russischen Markt tätig sind. Das Projekt umfasst eine Reihe von Interviews, die 2015–2016 mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden geführt wurden, zu denen sich ausländische Firmen zusammengeschlossen haben (»American Chamber of Commerce«, »Association of European Business«, »Deutsch-Russische Auslandshandelskammer«, »Russian-British Chamber of Commerce« u. a.). Ungeachtet der internationalen Sanktionen äußerten die Interviewten die Bereitschaft, in Russland weiterzuarbeiten, und erwähnten dabei langfristige Wettbewerbsvorteile des russischen Marktes. Zu den genannten Vorteilen gehörten folgende:

- a. Das Vorhandensein einer Reihe natürlicher Ressourcen (neben dem Öl sind das Metalle, Holz, landwirtschaftliche Flächen usw.). Im Gegensatz zu den Überlegungen zum »Ressourcenfluch«, die von Skeptikern angestellt werden und typisch für russische liberale Experten sind, betrachten Unternehmensvertreter die reichen Vorkommen natürlicher Ressourcen einhellig als einen substantiellen potentiellen Vorteil für Russland.
- b. Erhebliche strukturelle Schiefen in der Wirtschaft (die von der sowjetischen Planwirtschaft geerbt und in den 25 Jahren nicht überwunden wurden). Für viele Firmen bedeuten diese Verzerrungen aber, dass Marktnischen bestehen, die auf viele Jahre hinaus Verkaufschancen bieten.
- c. Hohes Qualifizierungsniveau der Arbeitskräfte. Ungeachtet der Kritik vieler russischer Experten wegen eines Rückgangs der Bildungsqualität ist die Qualifizierung der Arbeiter in Russland nach Einschätzung ausländischer Firmen im Schnitt immer noch besser als in anderen Schwellenländern, was Möglichkeiten für High-Tech-Produktionsstandorte in Russland eröffnet.
- d. Hoher Urbanisierungsgrad. Ein beträchtlicher Teil der städtischen Bevölkerung erzeugt in Kombination mit hohem Bildungsniveau und steigenden Einkommen eine massenhafte Nachfrage nach mittel- und hochqualitativen Konsumgütern. Nach Ansicht der Befragten hatte das Zusammenspiel all dieser Faktoren vor 2014 in Russland die Möglichkeit eines nachhaltigen, langfristigen Wirtschaftswachstums mit einer Rate von jährlich 5–5 Prozent bedeutet. Den Interview-

partnern zufolge ist dieses Potential wegen einer unangemessenen Wirtschaftspolitik und wegen des Misstrauens der Unternehmen gegenüber dem Staat nicht ausgeschöpft worden. Selbst jetzt, trotz der in den kommenden Jahren unausweichlichen Spannungen mit den entwickelten Ländern, trotz des beschränkten Zugangs für russische Unternehmen zu Kapital und Technologien und trotz einer gewissen Wahrscheinlichkeit, dass die Ölpreise langfristig auf einem niedrigen Niveau verharren werden, ist das Wirkungspotential der oben erwähnten Faktoren nicht verschwunden. Russland hat immer noch Entwicklungspotentiale.

Die Umsetzung in der Praxis verlangt allerdings eine Bereinigung des oben beschriebenen systemimmanenten Konflikts und die Entwicklung eines neuen Übereinkommens zwischen den wichtigsten Gruppierungen innerhalb der Elite. Gleichmaßen ist ein neuer Sozialvertrag zwischen Elite und Gesellschaft vonnöten. Diese Prozesse verlangen nach der Ausarbeitung einer neuen Entwicklungsstrategie und nach einer neuen Zukunftsvision, die Antworten auf folgende Fragen bereithält: Was ist es, das Russland mit seiner »streitbaren« Politik verteidigt? Im Namen welcher Ideen und Werte ruft der Staat Eliten und Gesellschaft zu Selbstbeschränkung und Opfern auf? Russland wird von denjenigen regiert werden, die auf diese Fragen überzeugende Antworten bieten können.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts für Industrie- und Marktstudien der »Higher School of Economics« (HSE).

Dieser Beitrag wurde als Teil eines vom Grundlagenforschungsprogramm 2015–2017 der HSE unterstützten Forschungsprojektes verfasst und reflektiert die Diskussion des von Prof. Silvana Malle im Juni 2015 organisierten Panels »Militant Russia« im Rahmen der Jahreskonferenz des Zentrums für Russland-, Europa- und Eurasienstudien (CREES) der Universität Birmingham. Der Beitrag ist auf der internationalen Konferenz »Eastern Europe's New Conservatives. Varieties and Explanations from Poland to Russia« des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin (9.–10. Februar 2017) vorgestellt und hierzu überarbeitet worden. Der Autor dankt Silvana Malle und Julian Cooper sowie Iikka Korhonen für ihre Kommentare zu einer früheren Fassung dieses Beitrags.

Lesetipps

- Yakovlev, Andrei: What is Russia trying to defend? in: Russian Journal of Economics, 2.2016, 2 (June 2016), S. 146–161; <<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2405473916300174>>.
- Malle, Silvana: Economic sovereignty. An agenda for Militant Russia, in: Russian Journal of Economics, 2.2016, 2 (June 2016), S. 111–128; <<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2405473916300150>>.
- Cooper, Julian: The military dimension of a more Militant Russia, in: Russian Journal of Economics, 2.2016, 2 (June 2016), S. 129–145; <<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2405473916300162>>.

KONFERENZBERICHT

»Eastern Europe's New Conservatives. Varieties and Explanations from Poland to Russia«

Internationale Konferenz des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, 9.–10. Februar 2017

Julia Glathe, Berlin

Problemstellung der Konferenz

In Ost- und Ostmitteleuropa wurde der nach dem Ende der sozialistischen Ordnung scheinbar existierenden Konsens bezüglich Demokratisierung und Liberalisierung in den letzten Jahren infrage gestellt haben. Die »PiS« in Polen, »Fidesz« in Ungarn und »Einiges Russland« (»Jedinaja Rossija«) in Russland propagieren offen illiberale und autoritäre Ideen. Die bislang üblicherweise als »rechtspopulistisch«, »nationalistisch« und »autoritär« beschriebenen Tendenzen sind nicht ausreichend, um diese Phänomene zu erklären.

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin bot mit der Konferenz »Eastern Europe's New Conservatives« einen Raum für die Diskussion einer alternativen analytischen Perspektive bei der Untersuchung illiberalen Tendenzen.

zen in Mittel- und Osteuropa. Es ging darum, diese präziser fassen und in ihrer historischen Kontextgebundenheit erklären zu können.

Der Begriff Konservatismus, der in die Analyse eingeführt wird, dient dabei dem tiefergehenden Verständnis aktueller illiberaler Tendenzen, da er im Gegensatz zum Terminus »Populismus« die spezifischen Agenden, Inhalte und Konzepte zu erfassen vermag, die über einen komplexitätsreduzierenden und dramatisierenden populistischen Kommunikationsstil und ein propagiertes »Volk versus Eliten«-Schema hinausgehen.

Während der zweitägigen Konferenz erörterten die Referenten anhand von vielen Länderbeispielen die Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten des neuen Konservatismus in den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften, fragten nach den Bedingungen für deren Erfolg sowie nach der Bedeutung historischer Pfadabhängigkeiten und Transformationserfahrungen der postsozialistischen Gesellschaften.

Regionale Entwicklungen

Der erste Konferenztag begann mit zwei Vorträgen zu **Russland**, in denen aus jeweils unterschiedlicher Perspektive die Entwicklung einer illiberalen Ordnung in Russland rekonstruiert und zu erklären versucht wurde.

Andrei Yakovlev (Higher School of Economics, Moskau) analysierte das Zusammenspiel ökonomischer, sozialer und ideologischer Faktoren in den innenpolitischen Entwicklungen seit den 1990er Jahren. Dabei stellte er die ökonomischen Bedingungen als maßgeblich für die Herausbildung eines ideologischen Wandels innerhalb der politischen Elite Russlands heraus. Darüber hinaus verwies er aber auch auf den gesellschaftlichen Rückhalt des Regimes, insbesondere mit Blick auf die Annexion der Krim, der nicht allein durch Staatspropaganda erklärt werden könne, und in dem er das Bedürfnis nach einer neuen nationalen Idee und Identität sieht (vgl. den Beitrag von Andrei Yakovlev in dieser Ausgabe, S. 7–12).

Katharina Bluhm (FU Berlin) zeichnete im Anschluss daran die Entstehungszusammenhänge des neuen Konservatismus durch eine Analyse ideologischer Schlüsselkonzepte nach. Dabei stellte sie diesen am Beispiel ausgewählter prominenter Akteure des neuen Konservatismus und ihrer Texte als Gegenideologie zur Postmoderne heraus. Die Kritik der neuen Konservativen an der Postmoderne fasste Bluhm dabei unter den Schlagworten Dehumanisierung, Desouveränisierung und Desozialisierung. Durch ihre Analyse der Ideengenese verdeutlichte sie, dass sich der neue Konservatismus keineswegs auf einen »Putinismus« reduzieren lasse (vgl. den Beitrag von Katharina Bluhm in dieser Ausgabe, S. 2–7).

Im anschließenden Panel wurden die Entwicklungen in **Polen und Ungarn** thematisiert. Krzysztof Jasięcki (Polnische Akademie der Wissenschaften) charakterisierte die politische und sozio-ökonomische Agenda der polnischen Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) und die Methoden ihrer Implementierung seit Herbst 2015 als »konservative Modernisierung«. Als zentrales Ziel der Partei stellte er dabei die Zentralisierung und Konzentration der Exekutivgewalt heraus. Den Rückhalt dieser Politik führte er unter anderem auf eine Ausweitung von Sozialleistungen zurück.

Jochen Roose und Paweł Karolewski (Universität Wrocław) unternahmen anschließend einen Vergleich der Wählerschaft der polnischen PiS und der ungarischen Partei »Fidesz« anhand der Daten des »European Social Survey« um zu einer Erklärung der Popularität der Parteien beizutragen. Während sich keine starken Unterschiede bezüglich des sozio-ökonomischen Hintergrunds herausstellten, variierte zum Teil die Identifikation mit Werten und Einstellungen. Beide Parteien wiesen insbesondere in den ländlichen Regionen hohe Zustimmungswerte auf. Die Identifikation mit der polnischen PiS war zudem vor allem bei denjenigen hoch, die sich selbst als religiös einordnen. Für die Identifikation mit der ungarischen Fidesz spielte dies eine vergleichsweise geringere Rolle.

Im dritten Teil des Konferenztages präsentierten James Dawson und Sean Hanley (University College London) ihre vergleichende Analyse zu **Tschechien und Bulgarien**. Sie argumentierten, dass sich illiberale Trends in Mittel- und Osteuropa nicht überall offensichtlich zeigten und sich mit liberalen und proeuropäischen Einstellungen vermischten. Vor allem in der Periode nach dem EU-Beitritt seien im Kontext politischer Krisen zunehmend liberale mit illiberalen Normen kombiniert worden, was insbesondere durch ein ethnisch exklusives Staatsverständnis begünstigt worden sei. Martin Mendelski (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln) unternahm anschließend den Versuch, den unterschiedlichen Erfolgsgrad der kapitalistischen Systemtransformation in **Mittel- und Osteuropa** durch eine mehr oder weniger starke »strukturelle Zersplitterung« zu erklären.

Der erste Konferenztag endete mit zwei Präsentationen zu **Südosteuropa**. Dušan Spasojević (Universität Belgrad) ging der ideologischen Transformation der regierenden »Serbischen Fortschrittspartei« (SNS) von ihren radikalen nationalistischen Wurzeln hin zu ihrer gegenwärtigen proeuropäischen und konservativen Orientierung nach. Er verdeutlichte, dass trotz der proeuropäischen Position der Partei mit ihrer Regierung zugleich ein Abfall demokratischer Standards zu verzeichnen gewesen sei.

Urban Vehovar (Universität Primorska, Koper, Slowenien) reflektierte zum Abschluss des Tages über einen »unreflektierten Konservatismus« in der **slowenischen Gesellschaft**, die durch eine starke Neigung zum Autoritarismus und Egalitarismus gekennzeichnet sei. Konservatismus in Slowenien sei Vehovar zufolge kein elaboriertes Denksystem, sondern eher eine Folge der späten und spezifischen Modernisierung der slowenischen Gesellschaft. Dabei bezog er sich vor allem auf eine starke räumliche Fragmentierung, einen geringen Urbanisierungsgrad sowie auf ein Vertrauen in lokale Strukturen im Gegensatz zu einem starken Misstrauen gegenüber den nationalen Eliten.

Ideen und Akteure

Zu Beginn des zweiten Tages stand die **Rolle von Ideen innerhalb illiberaler Ordnungen** und ihre Entstehung im Vordergrund. Paul Robinson (University of Ottawa) argumentierte, dass man nicht von einem einheitlichen Konstrukt namens Konservatismus ausgehen könne. Ausgehend davon diskutierte er am Beispiel Russlands das Spannungsverhältnis universalistischer Ideen und partikularistischer Weltansicht, beginnend mit der Zeit der frühen Slawophilen bis zur Gegenwart.

Ewa Dąbrowska (University of Amsterdam) ging in dem darauffolgenden Vortrag auf die Rolle von **Think Tanks in Russland und Polen** bei der Herbeiführung eines paradigmatischen *Policy*-Wechsels seit der Weltwirtschaftskrise von einem ökonomischen Liberalismus hin zu einem »ökonomischen Patriotismus bzw. Nationalismus« ein. In ihrer Schlussfolgerung relativierte sie jedoch den tatsächlichen Einfluss konservativer Ideen hinsichtlich einer systematischen Implementierung in der aktuellen Wirtschaftspolitik. Die Idee eines ökonomischen Patriotismus sei zu allgemein gehalten, als dass sie bestimmte Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung bereitstellen könnte. Stattdessen würde durch die Regierungen punktuell zu »patriotischen« Maßnahmen gegriffen, um eine Souveränität der nationalen Ökonomie vorzutauschen und so ihre Legitimität zu steigern.

Mihai Varga (FU Berlin) legte am Beispiel des **ungarischen Fidesz-nahen Think Tank »Századvég«** und von Gyula Tellér, Viktor Orbáns wichtigstem Berater, die ideellen Grundlagen illiberaler Tendenzen in Ungarn dar. Dabei stellt er Viktor Orbáns Wahlsieg 2010 und sein Versprechen von einem neuen Gesellschaftsvertrag, der auf populistischem Paternalismus, nationaler Souveränität und ökonomischem Nationalismus beruht, in den Kontext einer internationalen Debatte über eine Krise der Moderne, der Rolle des Staats und der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie der westlichen Welt. Interessanter Weise – so Varga – fuße Viktor Orbáns antimoderne Ideologie vielmehr auf »westlichen« Referenzen als auf »östlichen« Wurzeln.

Im zweiten Teil des Konferenztages standen religiöse **Akteure und ihre Strategien** im Fokus. Tobias Köllner (Universität Magdeburg) präsentierte die Ergebnisse seiner Feldforschung in verschiedenen Regionen Russlands seit 2013. Er zeigte anhand verschiedener Beispiele den Einfluss orthodoxer Aktivisten und Geistlicher der Orthodoxen Kirche auf lokale Politikgestaltung auf, die teilweise auch föderal gesetzte Agenden unterlaufe.

Dario Čepo (Universität Zagreb) referierte über die **Verbindung von Religion und aktueller Politik** in Kroatien am Beispiel der erfolgreichen Mobilisierung für ein landesweites Referendum über eine konstitutionelle Verankerung der Ehe als Verbindung zwischen (ausschließlich) Mann und Frau durch die Bürgerinitiative »U ime obitelji« (»Im Namen der Familie«).

Zorica Mršević (Universität Belgrad) diskutierte schließlich die Einschränkung liberaler Rechte, insbesondere mit Blick auf die Rechte (z. B. das **Versammlungsrecht**) der **LGBT-Bewegung in Serbien**. Dabei verwies sie auf ein konservatives Verständnis der Menschenrechte als Mehrheitsrechte, wodurch Protest von Minderheiten als Provokation und illegitim herabgesetzt würde.

Im dritten Teil des Konferenztages führte Tina Gažovičová (CVEK Bratislava) in den **Mainstream-Diskurs über die angebliche »Flüchtlingskrise«** in der Slowakei ein und interpretierte diesen aus dem Konzept des neuen Konservatismus heraus. Sie zeigte dabei auf, dass trotz der äußerst geringen Anzahl an Flüchtlingen in der Slowakei das Narrativ von einer Krise im politischen Diskurs und Handeln Bedeutung gewinnen konnte.

Den letzten Vortrag der Konferenz bildete Sonja Schiffers (FU Berlin) Ausführungen über den möglichen **Einfluss illiberaler Kräfte Russlands auf Georgien**. Sie argumentierte, dass Konservatismus in Georgien zwar kein neues Phänomen sei, aber durch externe Akteure aus Russland an Wirkungsmacht gewinnen.

Fazit

Die Konferenz zeigte, dass es möglich ist, den Aufschwung konservativer Bewegungen in den postsozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas als spezifische Reaktion auf einen als oktroyiert perzipierten Liberalismus des Westens in ihrer historischen Kontextgebundenheit zu verstehen. Die verschiedenen Beiträge haben die neue konservative Vorstellung von gesellschaftlichem Wandel als eine Herausforderung des *status quo* beschrieben, die jedoch nicht darauf aus ist, einfach zu einem bestimmten Punkt der Vergangenheit zurückzukehren, sondern dass es eher darum geht sich umzudrehen, um einen anderen Weg einzuschlagen.

Dabei greifen die jeweiligen Bewegungen auf unterschiedliche Traditionslinien zurück, die teils im eigenen Land, teils auch außerhalb verortet sind, um die Notwendigkeit einer starken, durchsetzungsfähigen Exekutivmacht zu rechtfertigen. Der neue Konservatismus wurde innerhalb der verschiedenen Beiträge als Bewegung dargestellt, die für die Bewahrung bestehender Hierarchien und gegen die Ausweitung von Rechten für Minderheiten eintritt. Insbesondere im Fall der LGBT-Bewegung hat sich massiver Widerstand seitens konservativer Bewegungen gegen die Ausweitung von Rechten (Recht auf Eheschließung etc.) formiert. Warum ausgerechnet diese Bewegung ein so zentraler Angriffspunkt der Konservativen ist, konnte jedoch nur in Ansätzen durch die Referenten erklärt werden.

Weitgehend offen blieb in den Vorträgen und Diskussionen die Frage, welche Effekte neue konservativer Ideen auf spezifische Politikbereiche haben, zum Beispiel ihre Wirkung auf Sozialpolitik im Allgemeinen und Migrationspolitik im Besonderen. In der Schlussrunde wurde schließlich auch die Frage nach der Notwendigkeit thematisiert, einen Vergleich der neuen konservativen Bewegungen innerhalb postsozialistischer Gesellschaften und den Gesellschaften Westeuropas und den USA zu unternehmen. Der Wahlsieg Donald Trumps, der Brexit in Großbritannien sowie der Aufschwung der »Alternative für Deutschland« signalisierten ja, dass auch in westlichen Gesellschaften aktuell starke illiberalen Tendenzen erkennbar sind.

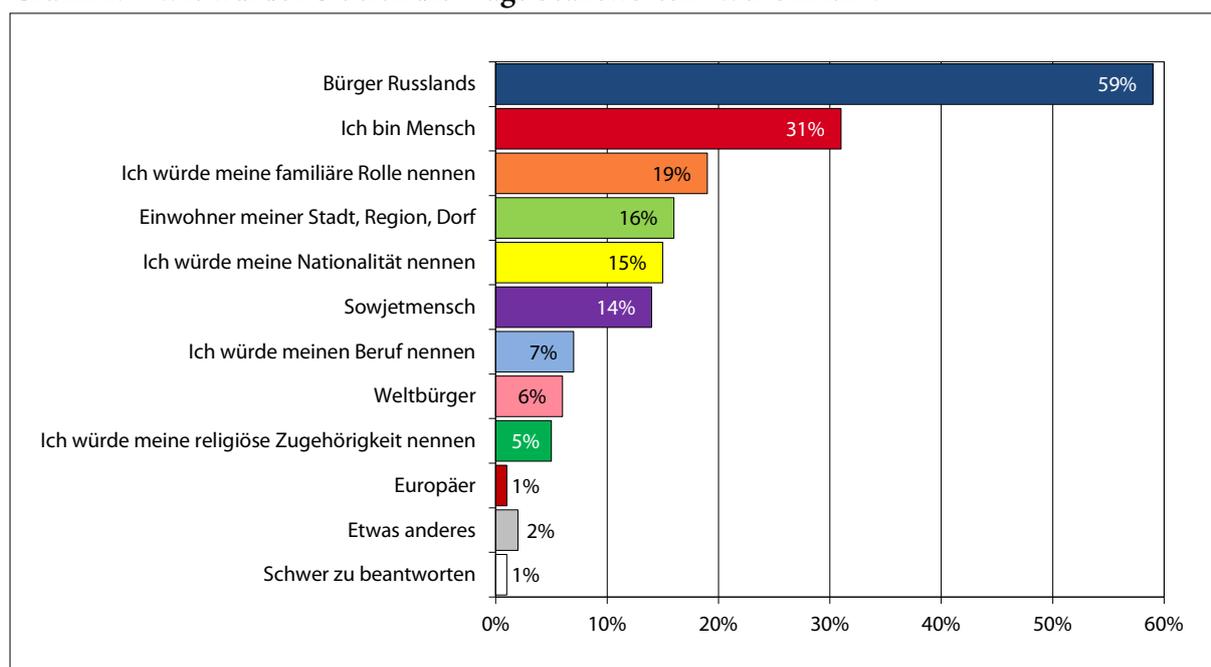
Über die Autorin

Julia Glathe hat den Masterstudiengang Osteuropastudien in den Disziplinen Soziologie und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und an der University of Birmingham absolviert. Momentan ist sie am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Redaktion der Russland-Analysen verantwortlich.

UMFRAGE

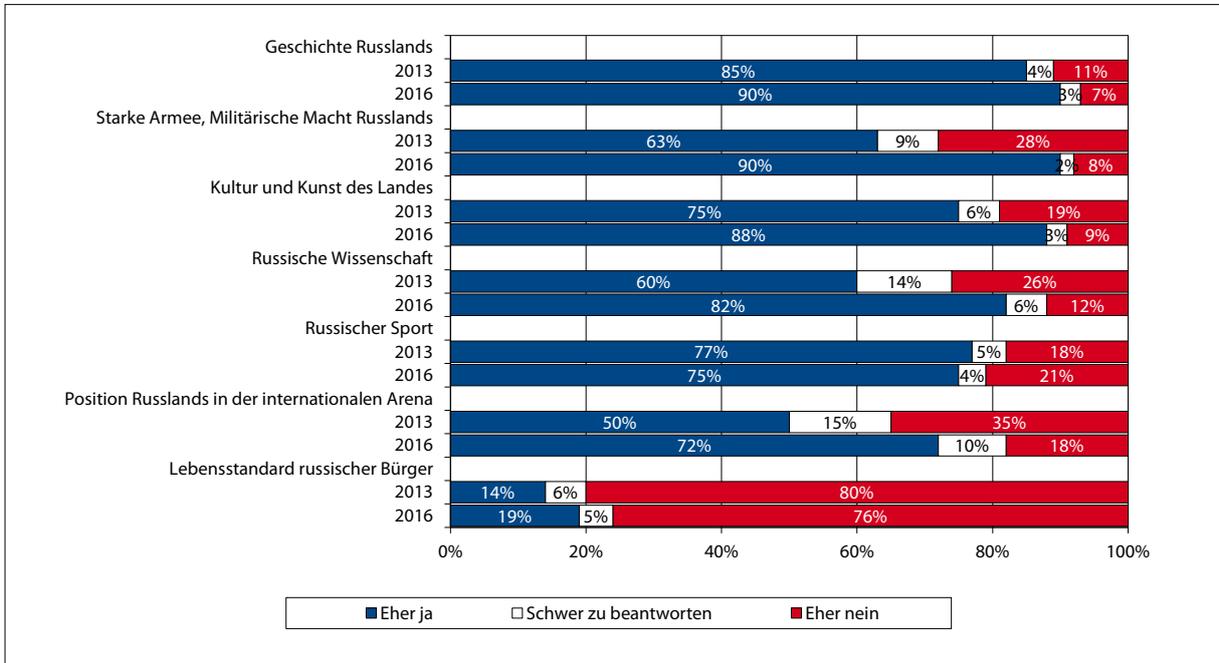
Nationale Identität

Grafik 1: Wie würden Sie sich die Frage beantworten »Wer bin ich«?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Juni 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&tuid=115866>>, 16. September 2016

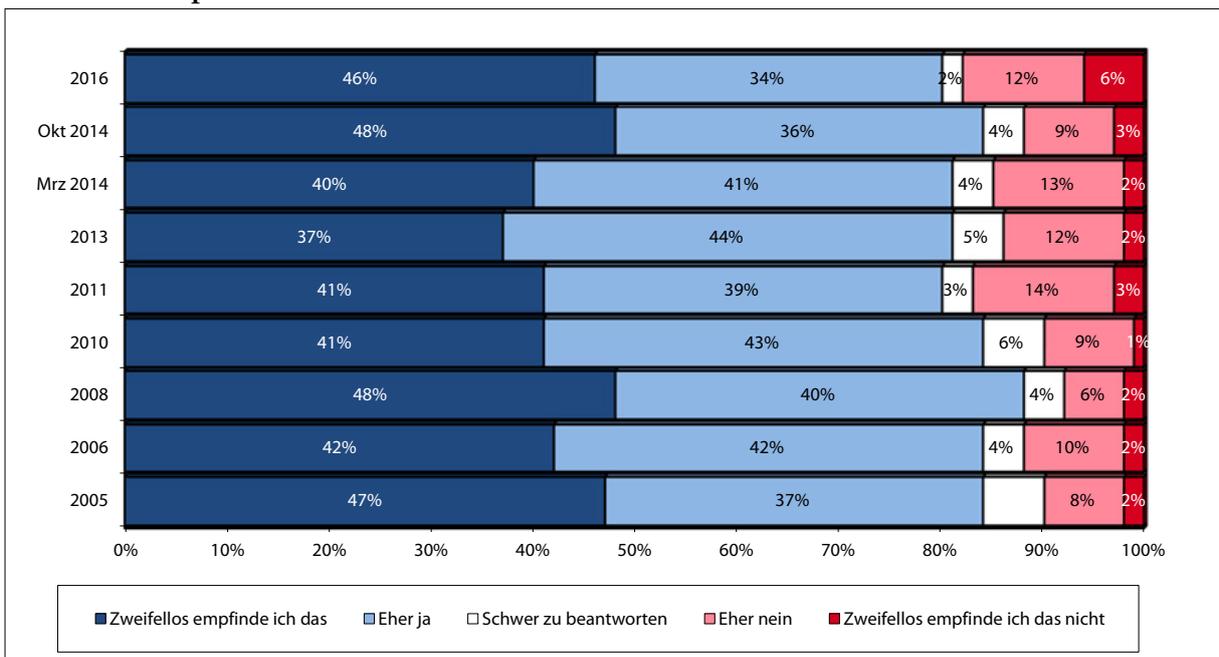
Grafik 2: Würden Sie sagen, dass Sie stolz sind auf ...?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Juni 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115866>>, 16. September 2016

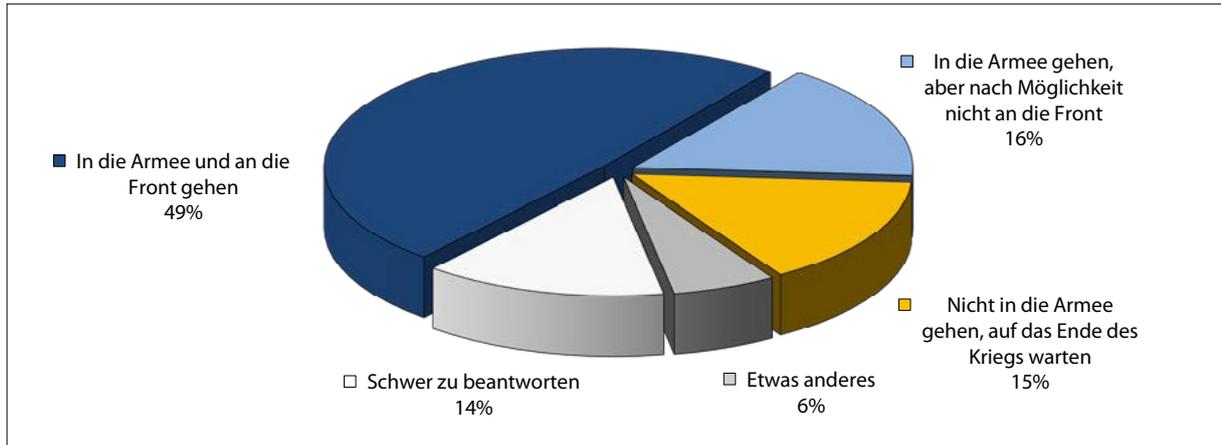
Patriotismus

Grafik 3: Empfinden Sie sich als Patriot Russlands?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Juni 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115747>>, 23. Juni 2016

Grafik 4: Stellen Sie sich die Situation vor, dass morgen ein Krieg mit einem Nachbarland beginnt und Ihr Sohn, Bruder, Mann oder ein anderer naher Verwandter erhält einen Einberufungsbefehl. Was raten Sie ihm?



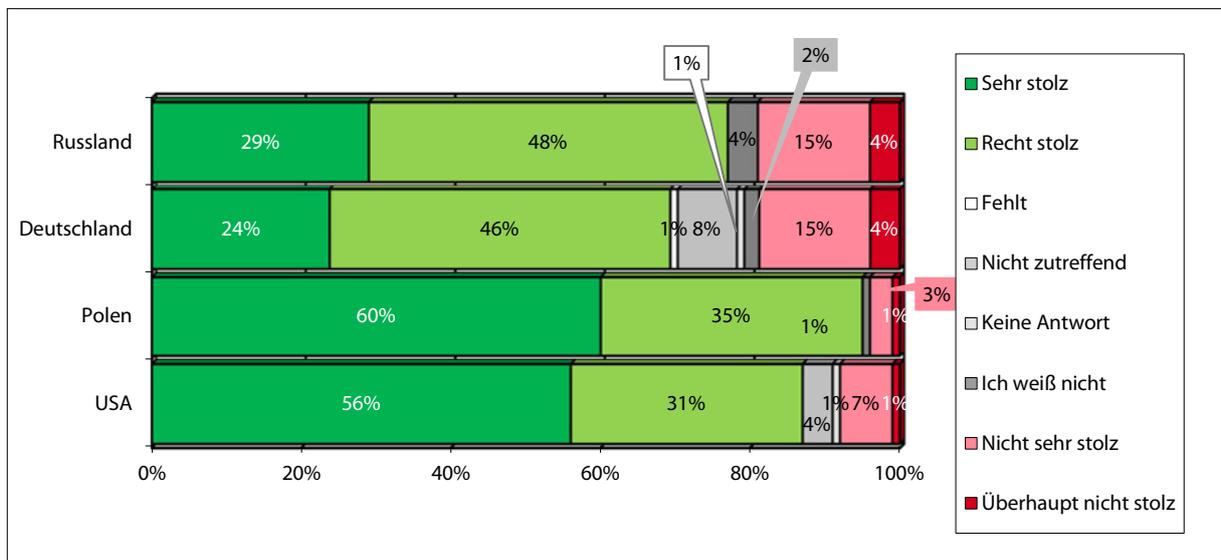
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 18.–19. Juni 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=115747>>, 23. Juni 2016

World Values Survey letzte Erhebungsphase 2010–2014

Die Daten sind dem Datenpool des World Values Survey entnommen. Zur Idee und der Methodik des Projekts vgl. die Website <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>. Die hier zitierten Daten finden sich online in der Sektion »Data & Documentation« <<http://www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp>>.

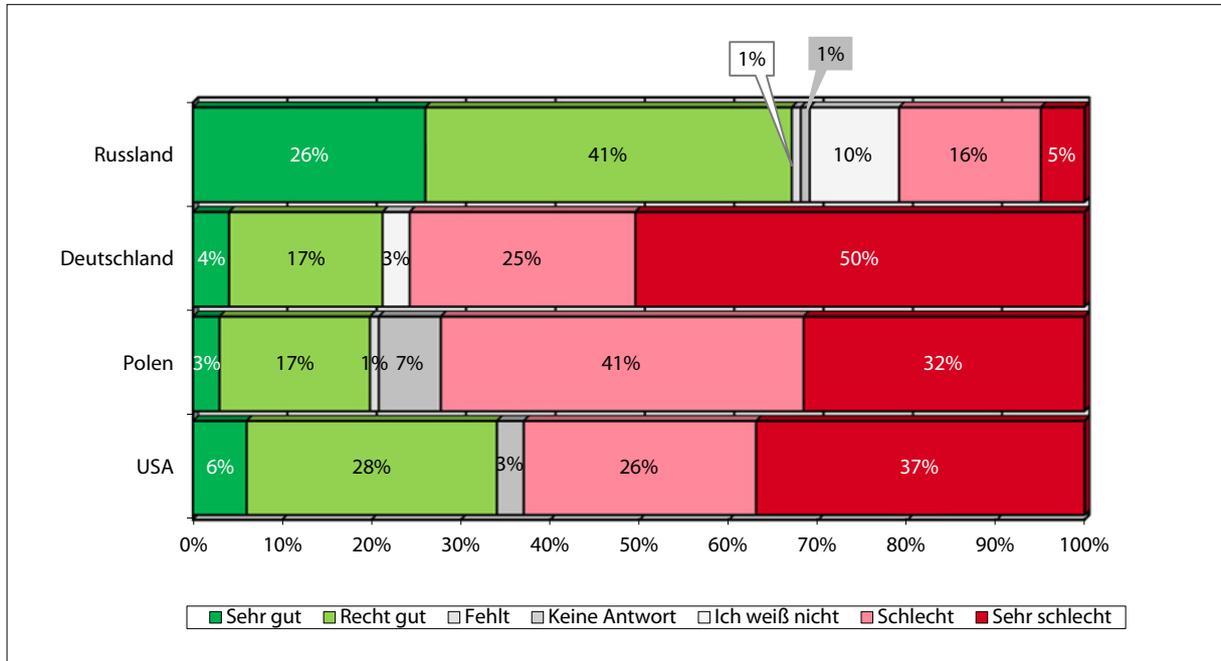
Zur Wertewandelforschung vgl. Dalton, Russell J.: Vergleichende Wertewandelforschung, in: Berg-Schlusser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen: Leske + Budrich 42003 (= UTB 1391), S. 151–165; zu den grundlegenden Texten gehört der Aufsatz: Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-industrial Societies, in: American Political Science Review, 65.1972, S. 991–1017

Grafik 5: Nationalstolz in Russland (2010–2014)



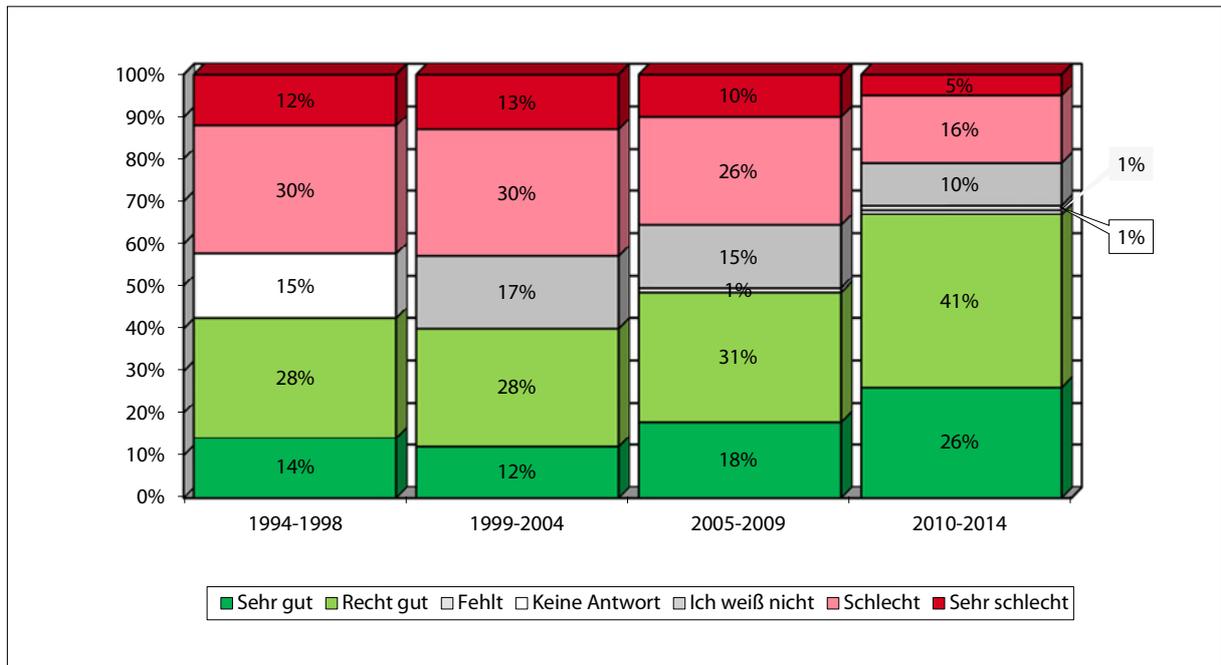
Quelle: World Values Survey, <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>, 15. Februar 2017

Grafik 6: Politisches System: Einen starken Führer haben (2010–2014)



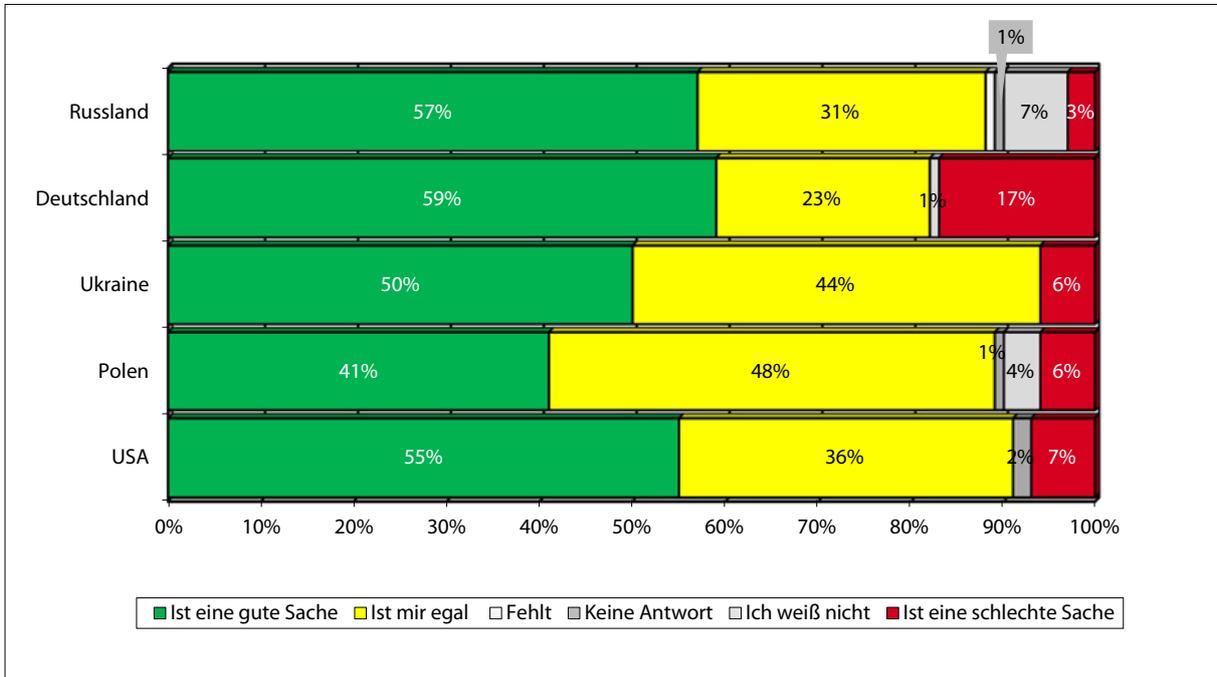
Quelle: World Values Survey, <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>, 15. Februar 2017

Grafik 7: Politisches System: Einen starken Führer haben (Russland)



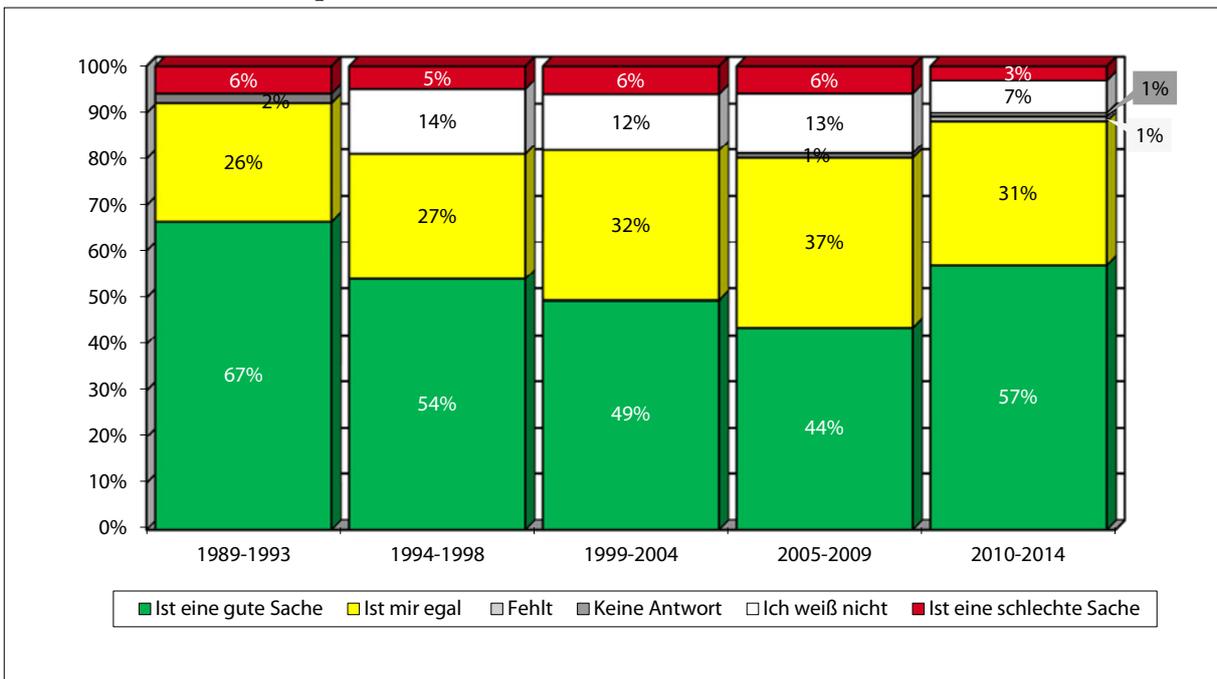
Quelle: World Values Survey, <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>, 15. Februar 2017

Grafik 8: Größerer Respekt für Autoritäten (2010–2014)



Quelle: World Values Survey, <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>, 15. Februar 2017

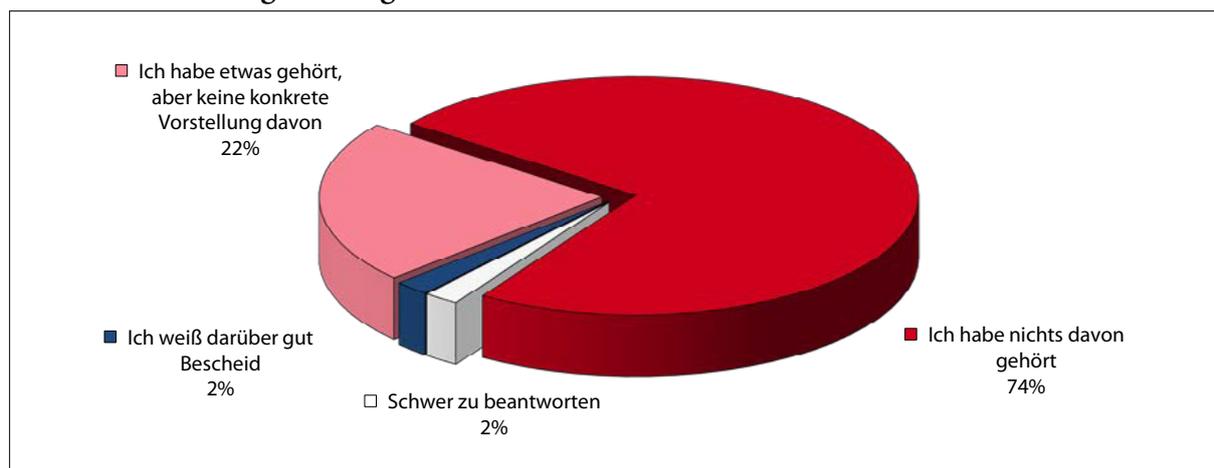
Grafik 9: Größerer Respekt für Autoritäten (Russland)



Quelle: World Values Survey, <<http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>>, 15. Februar 2017

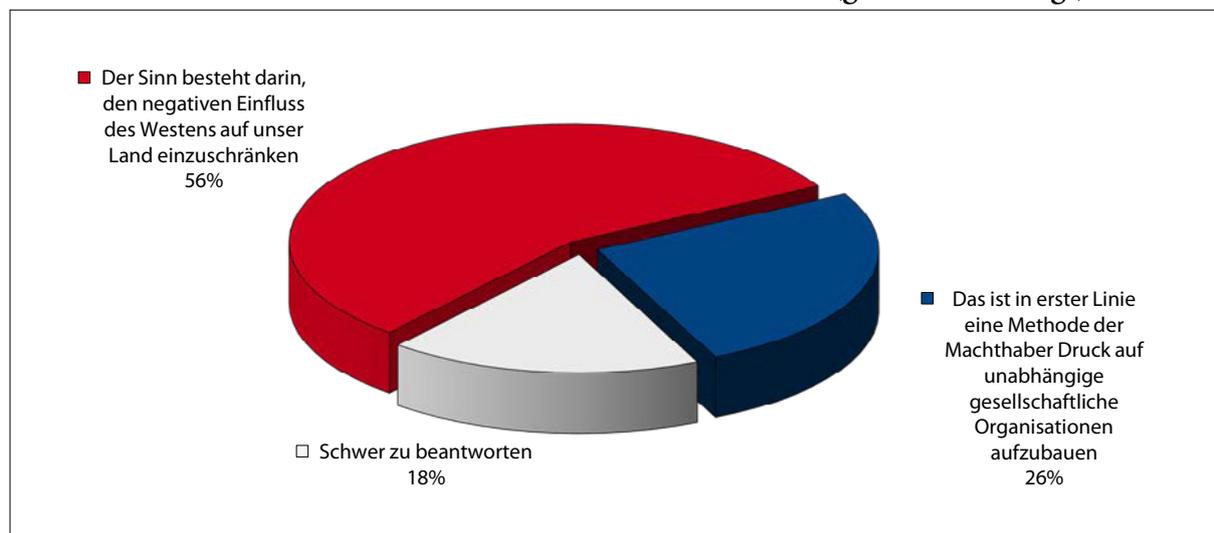
Gesetz über »Ausländische Agenten«

Grafik 10: Kennen Sie den Gesetzesbeschluss bezüglich der Organisationen, die als »ausländische Agenten« agieren?



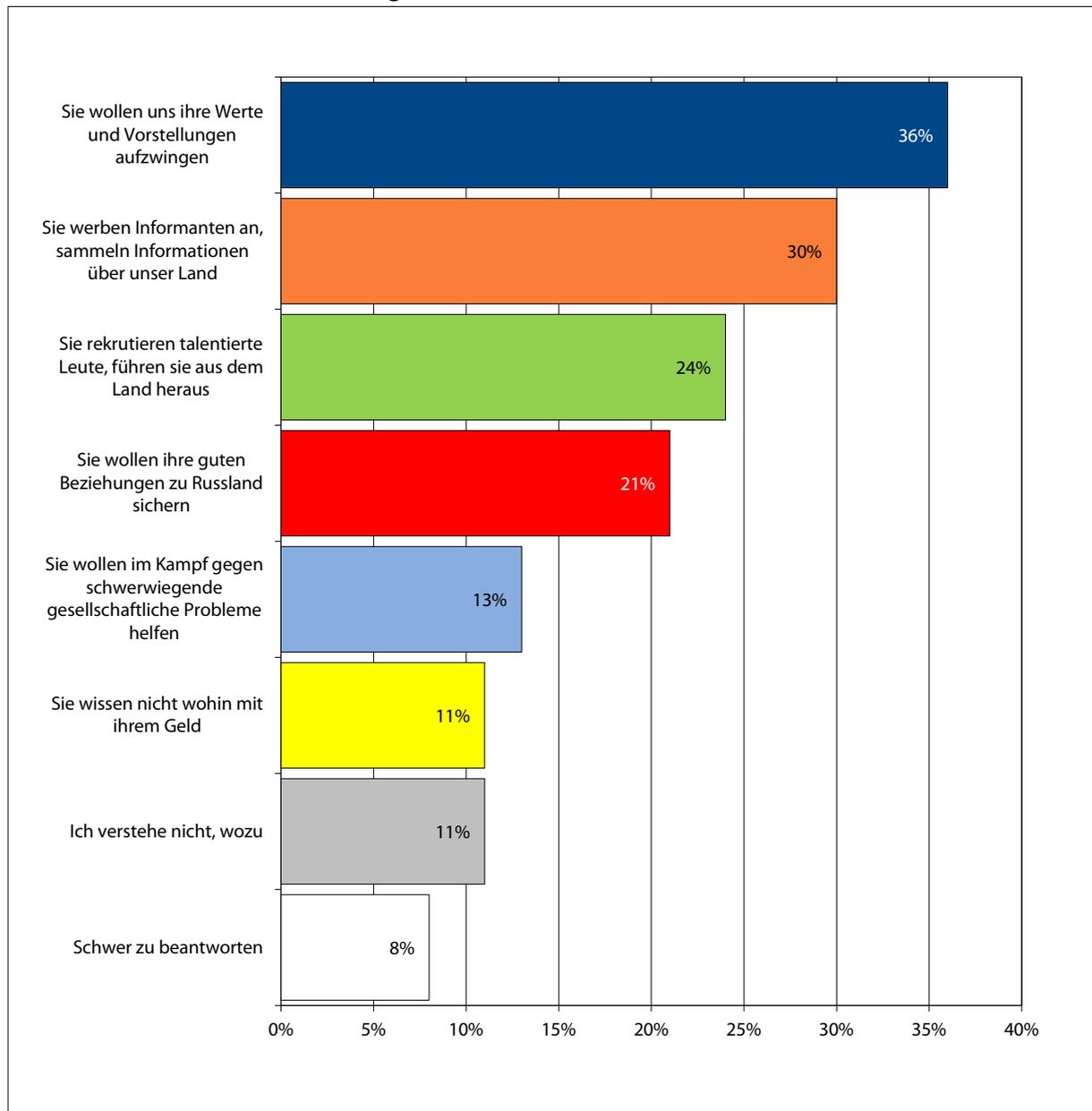
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2017/02/07/zakon-o-nekommercheskih-organizatsiyah/>>, 7. Februar 2017

Grafik 11: Was denken Sie, worin besteht der Sinn des Gesetzes? (geschlossene Frage)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2017/02/07/zakon-o-nekommercheskih-organizatsiyah/>>, 7. Februar 2017

Grafik 12: Was denken Sie, warum unterstützen ausländische Stiftungen und Regierungen nichtkommerzielle Organisationen in Russland?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. Dezember 2016, <<http://www.levada.ru/2017/02/07/zakon-o-nekommercheskih-organizatsiyah/>>, 7. Februar 2017

Ist Russland konservativ?

Jens Siegert, Moskau

Recht bald nach den Protesten gegen Wahlfälschungen und seine Wiederwahl im Winter 2011/2012 hat Wladimir Putin eine scharfe politische Wende eingeleitet. Im Inneren wurde das Konzept eines »einigen Russland«, das er repräsentiere, von der Idee einer »überwältigenden Mehrheit« abgelöst, die hinter ihm stehe (siehe: <http://russland.boellblog.org/2014/01/29/putin-und-der-obskurantismus-russlands-neues-sendungsbewusstsein/>). Im Äußeren deutete sich schon länger eine Politik zunehmender Konfrontation mit dem Westen an, die mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine im Frühjahr 2014 ihre bisherigen Höhepunkte erreicht hat. Der Charakter dieser wesentlichen Neuausrichtung der russischen Politik wird oft mit dem Begriff *konservativ* beschrieben. Putin positioniert Russland seither ausdrücklich als Gegenentwurf eines als vom Westen ausgehend beschriebenen gesellschaftspolitischen Liberalismus und als Gegenbewegung zu einer als »westlich« denunzierten Globalisierung.

Folgerichtig fordert der bis dahin weltanschaulich eher indifferente russische Staat von seinen Bürgern nun Bekenntnisse zu einem militärisch aufgeladenen »Patriotismus« und propagiert sogenannte »traditionelle russische Werte«. Unter Verdacht steht inzwischen praktisch alles, was eine offene Gesellschaft ausmacht, angefangen von bürgerlichen Freiheitsrechten wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Redefreiheit, bis zur Toleranz gegenüber und der Gleichberechtigung von alternativen Lebensentwürfen. Das zeigt sich dann zum Beispiel in einer ultrakonservativen Familiendoktrin (Musterfamilie Vater, Mutter und mindestens drei Kinder), der Anti-LGBT-Gesetzgebung, der immer stärker werdenden Rolle der Orthodoxen Kirche oder in einer Geschichtspolitik, der nationale Mythen weit wichtiger sind als historische Tatsachen.

Lew Gudkow, Soziologe und Direktor des Lewada-Zentrums, zweifelt allerdings daran, dass es sich hier tatsächlich um eine wertebasierte *konservative* Politik handelt: »Mir scheint, dass man über liberale oder konservative Werte in Russland nicht ernsthaft sprechen kann. Es gibt Stimmungen und die Reaktion auf das, was die Staatsmacht tut. Die Gesellschaft als soziale Institution ist in Russland nur sehr schwach ausgebildet.« (Hier und im Weiteren zitiere ich einen Vortrag vom Februar 2014: <http://www.levada.ru/2014/02/26/eto-ne-konservatism-eto-nevroticheskaya-reaktsiya/>). Für Gudkow hat die oben skizzierte Wende vor allem etwas mit Machterhalt zu tun. Die sogenannte »putinsche Mehrheit« der 2000er Jahre fußte vor allem auf dem damaligen wirtschaftlichen Erfolg und dem (ebenso tatsächlichen wie

propagandistisch immer wieder aufgebauscht) Gegensatz zu den »chaotischen« 1990er Jahren. Sie hatte während der Präsidentschaft Dmitrij Medwedews ab 2008 zu bröckeln begonnen. Putins Umfragewerte, von denen die Legitimität des politischen Regimes zu großen Teilen abhängt, waren ab 2008 langsam aber stetig gesunken. Die von Medwedew propagierte Idee einer »Modernisierung« war wirkungslos geblieben. Im Gegensatz zu vorherigen Wahlen hatten die Wahlen 2012 zudem nur eine kurzfristige Erholung bewirkt. Es ging weiter bergab.

Dazu Gudkow: »Selbstverständlich hat die scharfe, verteidigende konservative Propaganda ihre Wirkung auf die Bevölkerung, aber sie berührt nur die oberen Schichten des Bewusstseins.« Kaum gehe die Propaganda wieder zurück, beobachteten die Soziologen des Lewada-Zentrums, wie entsprechende Einstellungen in der Bevölkerung sich ebenfalls verändern und auf ein langjähriges Mittelmaß zurückschwingen. Die Kraft der Propaganda liegt für Gudkow vor allem darin, dass die Menschen zu wiederholen (und oft tatsächlich zu glauben) beginnen, was so massiv aus dem Fernsehen auf sie einprasselt. Das funktionieren aber nur in jenen Bereichen gut, in denen eine eigene Meinung bei den Menschen eher schwach ausgebildet ist. Gudkow zählt dazu sowohl die internationale Politik, die die meisten Menschen in Russland vor allem aus der Perspektive von »Wir–Sie« sehen, als auch Fragen des »liberal-westlichen Diskurses, also Fragen der Toleranz und des Verhältnisses zu Minderheiten. Die Menschen interessiert das alles nicht sonderlich, und deshalb sprechen sie nach, was sie im Fernsehen gehört haben.«

Kann man das dann trotzdem *konservativ* nennen? Und sind nicht zumindest die herrschenden politischen Eliten *konservativ*, die momentan auf etwas setzen, dass sie »konservative Werte« nennen? Der Antwort auf diese Fragen will ich mich – in Notizen darf man das! – in einigen eher assoziativen Schritten annähern.

Zunächst ein paar Worte zum Begriff *konservativ* oder besser zur politischen Weltanschauung, die *Konservatismus* genannt wird. Wie schon die Herleitung aus dem Lateinischen zeigt, geht es darum, etwas zu *konservieren*, also zu bewahren oder wiederherzustellen, nämlich eine bestehende oder frühere politische oder soziale Ordnung. Wie seine beiden großen Schwesterweltanschauungen Liberalismus und dem Sozialismus entstand der Konservatismus im 18. und 19. Jahrhundert in Europa als Folge der Umwälzungen durch die Aufklärung und in ihrer Folge der Französischen Revolution. Im Unterschied zu diesen beiden stellt der politische *Konservatismus* allerdings mehr eine Haltung in einer spezi-

fischen historischen Situation als eine geschlossene politische Philosophie dar. Während sich also liberale oder sozialistische Werte als universell begreifen, ist Konservatismus immer situativ, sowie zeit- und ortsbezogen.

Während vor allem in den angelsächsischen Ländern und in Frankreich, aber auch, obgleich mit zeitlicher Verzögerung, in Deutschland schon im 19. Jahrhundert die großen Weltanschauungen im politischen Wettstreit standen, war das in Russland mit seiner harten zaristischen Diktatur allenfalls publizistisch möglich – oder, schon damals, im Exil. In der Folge wurden liberale und sozialistische Akteure und Diskurse in den Untergrund gedrängt. Eine konservative Tradition konnte sich kaum entfalten, da der Staat diese »erhaltende« Rolle für sich reservierte. Das Land wurde so (sehr verkürzt gesprochen und selbstverständlich nicht nur deshalb) in zwei Lager geteilt: diejenigen, die für den Zaren und die alte Ordnung waren (meist *Slawophile* genannt) und diejenigen, die dagegen waren (die sogenannten *Westler*).

Als diese alte Ordnung in den beiden russischen Revolutionen 1917 zerbrach, setzte sich mit den Bolschewiki die radikalste (man könnte auch sagen: die unverschämteste) Kraft durch. Im Bürgerkrieg und den Folgejahren wurde die Spaltung des Landes befestigt und sogar vertieft. Die einen herrschten oder arrangierten sich zumindest mit der Sowjetmacht, während die andern ins äußere oder innere Exil gingen. In der Sowjetunion konnte es keine *Konservativen* geben, denn das Land war ja per definitionem die Vorhut des Fortschritts. Der Streit darüber, was konservativ, was liberal oder was sozialdemokratisch war, konnte so nur in kleinen, klandestinen Zirkeln im Land oder eben im Exil stattfinden.

Im Westen berufen sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Konservative meist auf christliche Werte und betonen individuelle Freiheiten, Privateigentum und Marktwirtschaft. Dort hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend ein aufgeklärter Konservatismus durchgesetzt, der im Großen und Ganzen mit einem konfrontativen Nationalismus gebrochen hat. Im postsowjetische Russland wurde nach 1990 versucht, dieses im Westen gewachsene politische System zu kopieren. Das schloss unter anderem die Schaffung politischer Parteien entsprechend der drei großen noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden weltanschaulichen Strömungen Liberalismus, Sozialismus (heute eher: Sozialdemokratie) und *Konservatismus* ein. Dieser Versuch ist grandios gescheitert. Parteien brauchen eine soziale Basis. Die russische Gesellschaft ist aber bis heute sozial kaum strukturiert. Sie gleicht eher einer amorphen Masse mit dem riesigen, alles erdrückenden Zentrum Staat und nur einigen wenigen kleinen, schwachen und instabilen Kristallisationspunkten politischer und sozialer Assoziation.

Unter Putin hat dieser russische Staat die Versuche, ein System von Parteien aufzubauen, die unterschiedliche

politische und soziale Interessen vertreten, durch ein System von Surrogatparteien ersetzt, die so tun, als ob sie Interessen vertreten. Doch auch dieses künstliche, aus dem Kreml gesteuerte System orientiert sich bis heute an den großen weltanschaulichen Strömungen. Es gibt liberale Parteien, sozialistische und kommunistische und sogar ein paar grüne. Nur eine *konservative* Partei findet sich nicht. Die Kremlpartei »Einiges Russland«, die, so wäre angesichts der putinschen Rhetorik anzunehmen, diesen Platz einnehmen könnte (tatsächlich hat sie sich lange bemüht, in die »Europäische Volkspartei«, den Zusammenschluss *konservativer* europäischer Parteien, aufgenommen zu werden, der auch die CDU und die CSU angehören), ist keine *konservative*, sondern eine auf den Staat orientierte Partei – sie ist, mit nur wenig Übertreibung, eine Staatspartei. Es geht um Machterhalt, nicht um Werte.

Putins angeblicher *Konservatismus* ist nicht *konservativ*, sondern maximal patriarchalisch. Er will keine Werte, keine sozialen Verbindungen, keine Gesellschaft bewahren, sondern Macht erhalten. Konstantin von Eggert, ein Moskauer Journalist, der beim letzten unabhängigen Fernsehsender »TV-Doschd« arbeitet, nennt ihn »eine Art historischer Baukasten«. Für Putin gehe es ausschließlich um die Macht, wozu er sich eines »oberflächlichen Wertbezugs« bediene. Darunter verberge sich die alte sozialistische Idee der fast unbegrenzten Gestaltbarkeit von Menschen und Gesellschaft, also genau das Gegenteil von *Konservatismus*. Im Übrigen sei Putin gerade in Wertefragen überaus opportunistisch, wie zum Beispiel das immer noch sehr liberale Abtreibungsrecht zeige.

Von Eggert bezeichnet sich selbst als *Konservativen*, von denen es aber in Russland nur sehr wenige gebe. Was würde *konservativ* Sein in Russland heute für ihn ausmachen? Von Eggert zählt auf: »Werte in der jüdisch-christlichen Tradition Europas, Autonomie des Individuums, Privateigentum und Marktwirtschaft, aber auch soziale Verantwortung und Mäzenatentum«. Er sieht aber auch, dass es für einen solchen *Konservatismus* in Russland keine soziale Basis gibt. Es gebe weder ausreichend Klein- und Mittelunternehmen, keine nennenswerte städtische Mittelschicht, vor allem aber de facto kein Privateigentum und damit auch keine Unabhängigkeit vom Staat. Soziale Verantwortung sei in der Bevölkerung kaum verankert. Alles werde zwischen dem Gegensatz des sich *konservativ* nennenden »Staates als mythischer Gemeinschaft« und den ihm gegenüberstehenden »Liberalen« zerrieben. Der russische Staat unter Putin interessiere sich nicht für die Menschen und ihre Individualität, ihre Eigenarten. In diesem Gegensatz gebe es nur noch *wir* und *sie* und also (fast) keinen Platz für eine Differenzierung zwischen Menschen demokratischer Orientierung aber unterschiedlicher Wertebasis. Wie die Dissidenten in der Sowjetunion werden die heutigen Nichteinverstandenen fast ausschließlich durch

ihre Ablehnung des herrschenden politischen Systems definiert oder dadurch, dass der Staat sie als »Feinde« markiert.

Auf die Frage, was ihn, den *Konservativen*, in dieser Situation noch von einem Liberalen unterscheidet, antwortet von Eggert, indem er zwei wichtige Ereignisse der jüngsten russischen Geschichte heranzieht. Beide, Liberale wie Konservative, seien heute gegen Putin. Beide hätten im Mai 2013 auf dem Bolotnaja Platz im Moskauer Stadtzentrum gegen Putins erneute Amtseinführung protestiert. Beide verteidigten das Demonstrations-

und andere bürgerliche Freiheitsrechte. Der Unterschied bestünde in der Bewertung von Pussy Riot. Während die meisten Liberalen deren Protest gegen Putin in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale mittels »Punkgebet« verteidigten, sei das für einen echten *Konservativen* nicht hinnehmbar – die Verurteilung der Pussy-Riot-Sängerinnen zu mehrjährigen Haftstrafen allerdings auch nicht.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Gouverneurswechsel: Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen?

Sergey Medvedev, Berlin

Fünf Gouverneure sind innerhalb von gut einer Woche auf Druck aus Moskau zurückgetreten. Nach Angaben der Stiftung »Petersburger Politik« können 2017 noch fünf weitere Regionalchefs ihre Posten verlieren. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen wolle Moskau die schwachen und konfliktreichen Gouverneure, die in ihren Föderationssubjekten kein klares Wahlergebnis für Wladimir Putin garantieren könnten, loswerden, meinen Experten. Dabei sprechen kremlnahe Politikberater von einem neuen Bewertungssystem für Gouverneure, das in den letzten Monaten nach dem Personalwechsel in der Präsidialadministration ausgearbeitet wurde. Die wichtigsten Kriterien sind dabei neben den Umfragewerten und Wahlergebnissen die Wirtschaftsfaktoren, das Korruptionsniveau sowie das Verhältnis des Gouverneurs zu den Regionaleliten. Anstelle alter Funktionäre sollen jüngere hochqualifizierte Manager kommen, lautet die Botschaft des Kreml. Einige Politologen sprechen dabei von einer Strukturänderung in der Machtvertikale hin zu einer Technokratie. Trotz der Wiedereinführung direkter Gouverneurswahlen im Jahr 2012 (in den Jahren 2005–2011 wurden die Oberhäupter der Föderationssubjekte auf Vorschlag Moskaus von den Regionalparlamenten bestimmt) verfügt der Kreml weiterhin über die nötigen administrativen Ressourcen sowie diverse Hebel zur faktischen Ernennung der Gouverneure.

Gibt es genug Nachwuchsführungskräfte?

Dmitrij Peskow, Pressesprecher des Präsidenten Russlands

»Ohne Zweifel gibt es Personalreserven; der Personaldienst funktioniert und das ziemlich effektiv sogar. Ich sage mal so: Die Auswechselbank ist lang genug. Sie können es anhand der Postenbesetzungen der letzten Monate sehen, vielleicht des letzten Jahres sehen, dass auf energische, junge, charismatische Fachkräfte gesetzt wird, die bereits über einige Berufserfahrung verfügen und sich als recht effektive Verwaltungskräfte bewährt haben.«

Dmitrij Peskow am 7. Februar 2017 im Interview für RIA-Nowosti; <<https://ria.ru/politics/20170207/1487334193.html>>.

Dienst an der Obrigkeit, nicht am Volk

Kirill Gontscharow, Partei »Jabloko«

»[...] Viktor Basargin [nun ehem. Gouverneur des Gebiets Perm; d. Red.] hat heute seinen Posten verloren. Laut Kirilenko stehen noch drei weitere bevor. Das Kriterium ist einfach: es ist das künftige Wahlergebnis von Putin. Regionen, die nicht bereits jetzt schon hohe Prozentzahlen der Loyalität gegenüber der Macht versprechen, und später dann auch nicht vorweisen können, sind ineffizient. Weder das Wirtschaftswachstum, noch das Gesundheits- und Bildungsniveau, noch die Zahl der gebauten Straßen und Objekte der Infrastruktur, sondern die Prozente bei den Wahlen.

Hierin erschöpft sich das ganze Wesen der Ernennung von Gouverneuren durch den Kreml. In einer solchen Situation wird jeder nach raffinierten Methoden zur (Wahl)fälschung und Unterdrückung der Opposition suchen.

Mit einem Wort: Dienst an der Obrigkeit, nicht am Volk.«

Kirill Gontscharow am 6. Februar 2017 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/k.gon4arov/posts/1242453855820034>>.

Die Gouverneure werden nach objektiven Kriterien bewertet

Oleg Matwejschew, Higher School of Economics, Moskau

»Im Herbst wurde auf Auftrag von Kirijenko [...] ein Bewertungssystem für die Tätigkeit der Gouverneure entwickelt, ein objektives System, welches an alle Gouverneure anzuwenden ist, insbesondere an jene, dessen Amtszeit zu Ende geht. Die Aufgabe dieses Systems besteht darin, objektive Kriterien zu schaffen, damit es nicht nur nach Geschmack geht: dem einen gefällt jemand, oder auch nicht, jemand setzt sich für jemanden ein... Damit das alles nicht passiert, damit ein Bewertungssystem funktioniert, damit es ohne jegliches Persönliches abgeht [...] «

Oleg Matwejschew am 6. Februar 2017 im Interview für RIA Nowosti; <<https://ria.ru/politics/20170206/1487286223.html>>.

Wie Personalentscheidungen über Gouverneure im Kreml getroffen werden

Wiktor Fjodorow, Leiter des Meinungsforschungsinstituts WZIOM

»[...] Es geht zum Einem um Wahlziffern. Es bedeutet ein hohes Risiko, wenn ein amtierender Gouverneur unter bestimmte Werte rutscht und das, wenn es gar keine Wahlen gibt. Das zweite Moment ist die sozial-ökonomische Entwicklung der Region, vor allem deren Zuwachsraten, Dynamik, Vektor. [...] »Wenn ein Gouverneur – insbesondere nach einer längeren Amtszeit – es nicht geschafft hat, die Eliten nach seinen Vorstellungen zu formen und hinter sich zu bringen oder mit ihnen eine gemeinsame Sprache zur operativen Zusammenarbeit zu finden, ist das natürlich ein großer Risikofaktor. Daher ist anhand im Fall Nagowizyn [des zurückgetretenen Gouverneurs von Burjatien; d. Red.] erkennbar, dass zumindest zwei dieser Faktoren hier gegen ihn wirksam waren.«

Wiktor Fjodorow am 7. Februar 2017 im Interview für »Wsgljad«; <<http://vz.ru/news/2017/2/7/674503.html>>.

Es gibt einen neuen Prototyp Gouverneur

Politikberater Leonid Dawydow, St. Petersburg

»Mit der Ernennung von Maxim Reschetnikow und Alexej Zydenow als Gouverneure der Region Perm und der Republik Burjatien hat sich ein markanter Prototyp der neuen Angehörigen der Gouverneursriege herausgebildet. Sie sind jung (30 bis 45 Jahre alt) gebildet, sie waren an der Formulierung und Realisierung von Ideen beteiligt. Das sind Verwaltungsfachleute oder »Apparatschiks«, die mit konkreten Aufgaben befasst waren – sie waren in der Wirtschaft oder im Verkehrswesen tätig; haben an langfristigen Entwicklungsplänen für einzelne Regionen oder das ganze Land gearbeitet. Sie alle haben vielseitige Erfahrungen, aber so, wie ich es verstehe, sind auch Leute gefragt, die Arbeitserfahrung in den Regionen haben. Und es scheint so, dass sich diese Tendenz nicht in diesen Ernennungen erschöpft, sondern sich fortsetzen wird.«

Leonid Dawydow am 11. Februar 2017 auf »ura.ru«; <<http://ura.ru/articles/1036270246>>.

Mit den Präsidentschaftswahlen hat das wenig zu tun, eher mit Strukturveränderungen in der Machtvertikale hin zur Technokratie

Tatjana Stanowaja, Zentrum für politische Technologien, Moskau

»[...] Auf der regionalen Ebene beobachten wir heute die gleichen Tendenzen, wie sie sich 2016 in der föderalen Personalpolitik abgezeichnet haben: An die Stelle von Politikern treten Technokraten, die oft (wenn auch nicht immer) Erfahrung in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit Putin vorweisen konnten, ohne ihn dabei aus seinem ehemaligen Leben zu kennen und ohne allzu ausgeprägte Verbindungen zu den einflussreichen Interessengruppen der »Freunde Putins« zu haben.

[...] die jetzige Personalpolitik ist auch aus einem anderen Grund einzigartig: Wenn früher für einen Aufstieg ein gewichtiger Patron ausreichend war, so braucht es jetzt eine Garantie, dass es keinen seriösen Block durch einen Vertrauten Putins aus dessen engerer Umgebung gibt. Heute Gouverneur zu sein, bedeutet nicht Auskommen, sondern Bürde [...].

Der Austausch von Politikern gegen Technokraten wird allmählich eine neue Qualität der regionalen Eliten hervorbringen, durch die sie einfacher ausgewogen und abgemessen werden kann. Mithin hat auch der technologische Ansatz von Sergej Kirijenko mehr Chancen, die Methoden der Leistungsbewertung der Gouverneure zu vereinheitlichen. Nichts Persönliches, nur die Tatsachen – so ist es für das System leichter dort eine Rotation durchzuführen, wo es keine Rolle mehr spielt, wer einen protegirt hat. Die Gouverneursriege wird entpolitisiert; der Wert einer politischen Figur verringert sich und das politische Leben wird entwertet. Und bei all dem gibt es keine Verbindung mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, das alles ist die Folge dessen, dass die föderale Elite allmählich die Verantwortung für die risikoreichen Abschnitte im Funktionieren der Machtvertikale abgegeben hat.«

Tatjana Stanowaja am 7. Februar 2017 auf »Republic.ru«; <<https://republic.ru/posts/79408>>.

2. – 16. Februar 2017

02.02.2017	Präsident Wladimir Putin entlässt 16 Generäle im Zivilschutzministerium, im Innenministerium und im Ermittlungskomitee aus ihren Ämtern. Die Gründe für die Entlassung werden nicht genannt.
02.02.2017	Die neue UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, kritisiert bei ihrem ersten Auftritt im UN-Sicherheitsrat in New York ein aggressives Vorgehen Russlands im Ukraine-Konflikt und erklärt, dass die Sanktionen gegen Russland bis zur Rückgabe der annektierten Halbinsel Krim bestehen bleiben.
02.02.2017	Staatsbesuch von Präsident Wladimir Putin in Ungarn. Putin führt Gespräche mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Im Mittelpunkt steht die Planung gemeinsamer Energieprojekte. Orbán kritisierte außerdem die Sanktionen der EU gegen Russland.
03.02.2017	Der belorussische Präsident Aljalexandr Lukaschenka übt während seiner siebeneinhalbstündigen Pressekonferenz scharfe Kritik an Russland. Unter anderem äußerte Lukaschenka den Vorwurf, Russland habe internationale Öl-, Gas- und Grenzverträge verletzt.
06.02.2017	Der Gouverneur der Region Perm, Viktor Basargin, der seit Mai 2012 im Amt ist, kündigt seinen Rücktritt an.
06.02.2017	Der Leichtathletik-Weltverband erklärt nach einer Sitzung in Monte Carlo, dass die im November 2015 verhängte Disqualifizierung des russischen Leichtathletik-Verbands weiterhin bestehen bleibt.
07.02.2017	Mehr als 50 Filmemacher unterzeichnen einen Aufruf zur Verteidigung des Films »Mathilda« von Alexej Utschitel und wenden sich damit gegen mögliche Zensurversuche. Der Film handelt von der Beziehung Nikolaj II. und der Ballerina Matilda Kschessinskaja. Zuvor hatte die Abgeordnete Natalja Pklonskaja im Januar eine Anfrage an die Generalstaatsanwaltschaft gestellt, mit der Aufforderung, die Mittelverwertung für den Film zu prüfen. Ihrer Ansicht nach enthalte der Film Szenen, die die Gefühle von Gläubigen verletzen könnten.
07.02.2017	Das Oberhaupt der Republik Burjatien, Wjatscheslaw Nagowizyn, reicht sein Rücktrittsgesuch ein.
07.02.2017	Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Wladimir Putin einigen erörtern telefonisch die Lage in der Ostukraine. Sie verabreden ein Treffen im Normandie-Format. Ein konkreter Termin wird nicht bekannt gegeben.
08.02.2017	Das Gericht des Leninskij-Rayons in Kirow verurteilt den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj auch im Wiederaufnahmeverfahren zum Fall »Kiwowles« zu einer Bewährungsstrafe von fünf Jahren und einer Geldstrafe von 500.000 Rubel. Nawalnyj hatte bereits 2013 dieselbe Strafe erhalten. Das erste Urteil wurde aufgehoben, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Prozess als unfair eingestuft hatte.
08.02.2017	Der Biathlon-Weltverband entzieht der Stadt Tjumen die Biathlon-WM 2021 aufgrund der schwerwiegenden Dopinganschuldigungen gegen den russischen Verband. Dies teilte der Weltverband nach einem außerordentlichen Kongress im österreichischen Hochfilzen mit.
09.02.2017	In Moskau treten 38 Personen, die Kredite in fremder Währung begleichen müssen, in den Hungerstreik. Sie hatten zuvor die Nacht im Haus der russischen Regierung verbracht und eine Lösung für das Problem mit Fremdwährungs-Hypotheken verlangt. Der Rubel war Ende 2014 gegenüber Euro und US-Dollar fast auf die Hälfte seines Wertes eingebrochen.
09.02.2017	Bei einem russischen Luftangriff in der syrischen Region al-Bab werden drei türkische Soldaten getötet. Präsident Wladimir Putin drückt seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan gegenüber sein Beileid aus.
09.02.2017	Aktivisten der Organisation »Sozialistische Alternative« protestieren in Moskau vor dem Büro von »Mosmetro-stroj« wegen der Nichtauszahlung von Gehältern. Die Solidaritätsaktion mit den Arbeitern erfolgte als Reaktion auf deren erfolglose Bemühungen, ihre Gehälter bei den Unternehmen »SMU-77« und »Gorizont« einzufordern.
10.02.2017	Das russische Verfassungsgericht entscheidet, dass das Urteil im Fall Ildar Dadin, der im Dezember 2015 wegen mehrfachen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden war, neu aufgenommen werden muss, da seine Protestaktivitäten nicht die öffentliche Sicherheit bedroht hätten. Der Artikel 212.1 des russischen Strafgesetzbuches, auf dem das Urteil beruhte, wird aber als verfassungsgemäß anerkannt.
10.02.2017	Das Moskauer Wirtschaftsgericht weist die Beschwerde der »Europäischen Universität in St. Petersburg« bezüglich der Entscheidung der föderalen Aufsichtsbehörde für Bildung und Wissenschaft über den Entzug der Lizenz zurück. Am 9. Dezember 2016 war der Universität auf Grundlage von Überprüfungen im Sommer die Lizenz entzogen worden.
11.02.2017	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums erobern Truppen des Assad-Regimes mit Unterstützung durch die russischen Luftstreitkräfte die Ortschaft Tadeb, einen gut gefestigten Vorposten der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) nahe der Stadt al-Bab (Syrien). Bei der Operation verliert der Islamische Staat nach russischen Angaben mehr als 650 Kämpfer.

12.02.2017	Im Moskauer Sokolniki-Park protestieren rund 100 Personen gegen eine Entkriminalisierung von Gewalt in der Familie durch die Novellierung des entsprechenden Gesetzes, das nun häusliche Gewalt im erstmaligen Fall als Ordnungswidrigkeit anstatt als Straftat einstuft. Die Veranstaltung wurde von Studierenden der Juristischen Fakultät initiiert.
12.02.2017	In St. Petersburg protestieren über tausend Menschen gegen die Rückgabe der Isaaks-Kathedrale an die russisch-orthodoxe Kirche. Zuvor hatten sich über tausend Gläubige zu einer Prozession vor der Kathedrale versammelt, um die Übergabe an die Russische Orthodoxe Kirche zu unterstützen.
13.02.2017	Der Gouverneur des Gebiets Nowgorod, Sergej Mitin, erklärt, dass er sein Amt vorzeitig niederlegt.
14.2.2017	Der nationale Sicherheitsberater des US-amerikanischen Präsidenten, Michael Flynn, tritt nach drei Wochen Amtszeit zurück. Hintergrund sind Telefongespräche, die er mit dem russischen Botschafter Sergej Kisljak im Dezember geführt hatte und in denen er offenbar auch eine Aufhebung von Sanktionen angekündigt hatte. Nachdem herausgekommen war, dass er der Presse und dem Vizepräsidenten darüber die Unwahrheit gesagt hatte, zog Flynn die Konsequenzen.
14.2.2017	Der seit 2008 amtierende Gouverneur des Gebiets Rjasan, Oleg Kowaljow, erklärt seinen Rücktritt.
15.2.2017	Das seit 2013 amtierende Oberhaupt der Republik Karelien, Alexandr Chudilajnen, tritt vorzeitig von seinem Amt zurück. Artur Parfentschikow wird mit der vorübergehenden Wahrnehmung des Amtes betraut.
15.2.2017	Das Untersuchungskomitee informiert über die Festnahme des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der Krim, Oleg Kasurin. Ihm wird die Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 27 Millionen Rubel vorgeworfen.
16.2.2017	Außenminister Sergej Lawrow reist für die zweitägige Konferenz der Außenminister der G20 nach Bonn. In diesem Rahmen sind auch Gespräche zwischen Lawrow und seinem US-amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson geplant.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>